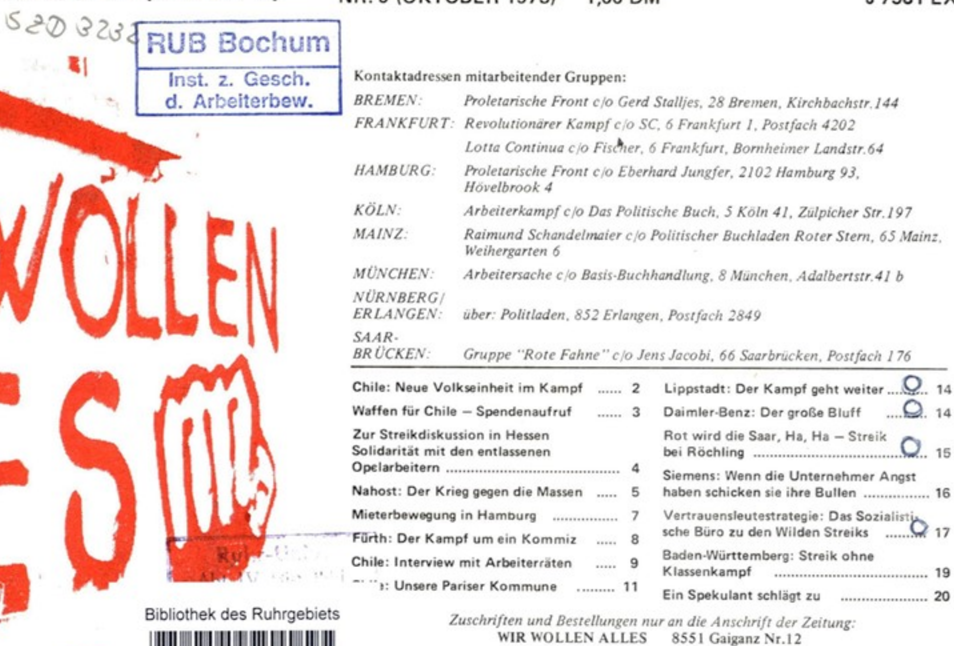
NAHER OSTEN: KRIEG GEGEN DIE MASSEN (SEITE 5)

NR. 9 (OKTOBER 1973) 1,00 DM J 7581 EX

WIR WOLLEN ALLES



Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:

BREMEN: *Proletarische Front c/o Gerd Stalljes, 28 Bremen, Kirchbachstr.144*
FRANKFURT: *Revolutionärer Kampf c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202*
Lotta Continua c/o Fischer, 6 Frankfurt, Bornheimer Landstr.64
HAMBURG: *Proletarische Front c/o Eberhard Jungfer, 2102 Hamburg 93, Hövelbrook 4*
KÖLN: *Arbeiterkampf c/o Das Politische Buch, 5 Köln 41, Zülpicher Str.197*
MAINZ: *Raimund Schandelmaier c/o Politischer Buchladen Roter Stern, 65 Mainz, Weihergarten 6*
MÜNCHEN: *Arbeitersache c/o Basis-Buchhandlung, 8 München, Adalbertstr.41 b*
NÜRNBERG/ERLANGEN: *über: Politladen, 852 Erlangen, Postfach 2849*
SAARBRÜCKEN: *Gruppe "Rote Fahne" c/o Jens Jacobi, 66 Saarbrücken, Postfach 176*

Zuschriften und Bestellungen nur an die Anschrift der Zeitung:
WIR WOLLEN ALLES 8551 Gaiganz Nr.12

Waffen für Chile

Die neue Volkseinheit im Kampf

Durch den vorläufigen militärischen Erfolg der Konterrevolution wird die Analyse der realen Möglichkeiten des revolutionären Kampfes in Chile – anderthalb Monate nach dem Putsch – noch erschwert. Eine Reihe von Erwartungen – kritischen wie unkritischen – wurden bisher enttäuscht:

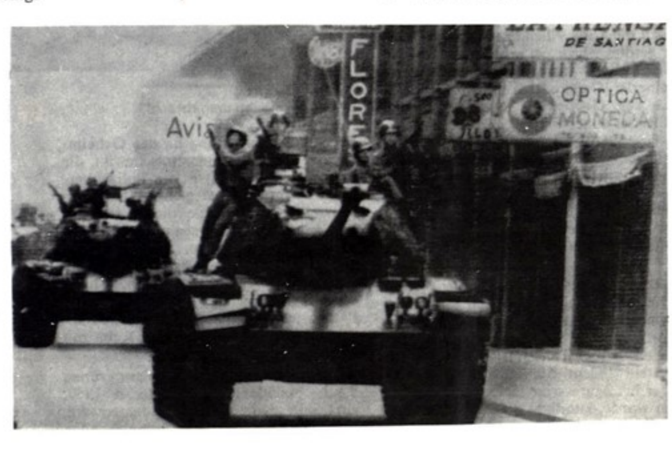
weder vermochte sich der Massenkampf in der ersten unmittelbaren Konfrontation dem faschistischen Ansturm schon massenhaft militärisch entgegenzusetzen, noch hat die angebliche „Entwaffnung durch den Reformismus" die Arbeiterklasse jetzt ohnmächtig ihrer eigenen Zerschlagung ausgeliefert.

Die militante Verteidigung der besetzten Fabriken, der Technischen Universität von Santiago, der Universität von Concepción, von Parteibüros, Arbeiterwohnbezirken und gesellschaftlichen Einrichtungen in den ersten Tagen des Putsches, die nur mit massiven Bombardements des chilenischen Ablegers der US-Air Force gebrochen werden konnte, ist nicht nur ein heroisches Beispiel. Daß dieser Widerstand von der Masse des Militärs weithin niedergeschlagen werden konnte, zeigt, wie falsch die Hoffnung war, im Falle eines Putschversuchs würde das Militär sich in zwei Lager polarisieren, würden Teile des Militärs den Putschisten die Unterstützung verweigern.

Die rücksichtslose Liquidierung loyaler Einheiten, die sofortige Exekution von Unteroffizieren und Soldaten, die sich den Befehlen der Putschisten widersetzten, die Greuelpropaganda über einen angeblichen Linksputsch mit gefälschten Listen von Todeskandidaten im Offizierskorps, wobei gerade schwankende Kader aufgelistet wurden, schließlich aber die eigentümliche Struktur einer professionalisierten Armee, all dies verhinderte eine Formierung des Widerstandes innerhalb der Armee. Kein blinder Glaube in eine Loyalität, sondern die Überschätzung der Handlungsmöglichkeiten der proletarischen Basis im Heer, die mangelnde Einsicht in die isolierenden Organisations- und Befehlssysteme, die eine mögliche Polarisierung bei Todesstrafe zu verhindern wußten, bewirkten den fatalen Irrtum, in dem sich Kommunistische Partei wie MIR einig waren. Die moderne Armee des bürgerlichen Staates läßt sich nicht für den proletarischen Kampf funktionalisieren; das gilt genauso für die kasernierten Polizeitruppen.

Daß die Putschisten für die Repressionseinsätze aber ausschließlich hochspezialisierte Truppenteile verwenden, zeigt, wie unsicher sie sich immer noch den proletarischen Angehörigen ihrer eigenen Armee gegenüber fühlen. Die Chancen allerdings, daß diese Soldaten aus ihrer verzweifelten Lage ausbrechen könnten, sind momentan äußerst gering.



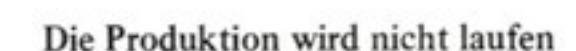


Aufbau der Guerilla

Das Ausbleiben einer erhofften Spaltung der putschenden Armee zerstörte fürs erste die Möglichkeiten eines offenen Widerstandes in Form einer breiten, bewaffneten Gegenoffensive. Das ist der politische Hintergrund der Order, die am 29. September von einem Verbindungskomitee, in dem die Parteien der Unidad Popular und der MIR zusammengefaßt sind. Dort heißt es: alle individuellen und militärischen Aktionen sind vorerst einzustellen.

Wenn auch wichtige Verteidigungsschwerpunkte unter dem Einsatz massivster militärischer Vernichtungsmittel, nach der Ermordung Tausender von Arbeitern als verwüstete Schlachtfelder von den Truppen der Faschisten eingenommen werden konnten, hinderte dies die revolutionären Kräfte nicht, stellenweise von der Verteidigung zu offensiven Guerillaoperationen überzugehen. In wenigen Tagen vollzog sich so der Aufbau einer Guerilla, die – in städtischen und ländlichen Zonen aktiv – Polizeiposten und kleinere Militäreinheiten angreift. Die täglichen Kommuniqués der Junta über Exekutionen beweisen nur das Ausmaß der revolutionären Bewegung, aber gerade nicht ihre Niederlage.

Zwar ist der militärische und sonstige Widerstand noch schwach, gemessen an der militärischen Überlegenheit des faschistischen Gegners. Aber er verhindert jede „Pazifizierung"; der Junta ist es nicht möglich, die notwendige Friedhofsruhe zu schaffen. Auch jetzt, mehr als anderthalb Monate nach dem Putsch, gibt es in Santiago befreite Gebiete, die von den Arbeitern kontrolliert werden.



Die Produktion wird nicht laufen

Das unmittelbare Feld der Auseinandersetzung aber bleibt die Produktion. Hier bereitet sich die entscheidende Niederlage der Konterrevolution vor. Die Junta muß hier zu Maßnahmen greifen, die sich direkt gegen ihr Programm der kapitalistischen Restauration wenden. Es sind die riesigen Zerstörungen, die auf Jahre hin nicht reparablen Schädigungen der wichtigsten Produktionsstätten. Sie schaffen und verstärken den Kampf an den Orten des Proletariats: den Fabriken, Minen, Kraftwerken, den Einrichtungen der Verteilung und Kommunikation. Selbst die öffentliche Verwaltung, die am Anfang noch am ehesten im Sinne der Junta organisierbar schien, ist Wochen nach dem Putsch noch nicht arbeitsfähig, und es gibt auch keine Anzeichen, daß sich das ändern könnte. Der Schein der Normalisierung und Arbeitsaufnahme wird aufrechterhalten durch den Aushang von Verordnungen, die alle mit dem Satz enden: Zuwiderhandelnde werden erschossen.

Die massiven Verfolgungen von Anhängern der Unidad Popular, die Entlassung von mehr als 100 000 Arbeitern paralysiert das Leben des Landes auf allen Gebieten der Reproduktion. Dem ersten Auftauchen gehorteter Warenmengen nach dem Putsch folgt ein immenser Preisanstieg. Mit der Abwertung des Escudo auf eine Dollarparität von 230 Esc verzehnfachte sich der für lebensnotwendige Importgüter bislang geltende Wechselkurs, zudem ließ die Junta zur Hebung des Produktionsanreizes eine Vervielfachung der Preise für inländische landwirtschaftliche Produkte zu. Gleichzeitig aber wurde der überfällige Inflationsausgleich der Arbeitslöhne aufgehoben, wobei die Inflationsrate bis zum Putsch bereits 160 % betragen hatte, das bedeutet bisher eine Senkung des Realeinkommens auf ein Viertel bis ein Fünftel des ursprünglichen Wertes. Die kapitalistische Wirtschaftspolitik läßt sich gegen die chilenische Arbeiterklasse, die auf einer generationenlangen Tradition des Kampfes aufbaut, nur mit den Mitteln des brutalsten Terrors wieder einführen: die Junta versucht, unter militärischem Drill die Produktion wieder aufzunehmen, auf jeder Form von Arbeitskampf steht die Todesstrafe.

Der wirtschaftliche Kollaps der Junta und der Agenturen des Imperialismus läßt sich selbst durch umfangreichste Kredite nicht aufhalten; nur eine Zeitlang wird es der parasitären Bourgeoisie gelingen, sich weiter unproduktiv zu bereichern.

Die Niederlage der bürgerlichen Wegbereiter des Faschismus

Die faschistische Fratze der chilenischen Bourgeoisie und des US-Imperialismus demaskierte zugleich den Charakter bürgerlicher Politik; das hemmungslose Liebeswerben des Expräsidenten Frei und seines Parteivorsitzenden Alewyn um die Gunst der Juntaherren blieb bislang erfolglos, zerstörte aber dafür endültig die Farce einer christdemokratischen Alternative, des reformistischen „Dritten Weges", deren Demagogie vorher breite Wählermassen zum Opfer gefallen waren. Die chilenische Christdemokratie ist nach dem 11. September organisatorisch wie politisch zerstört.

Die Neue Volkseinheit

Die bisherigen taktischen und strategischen Differenzen der Linken sind mit dem Putsch gegenstandslos geworden. Die Debatte friedlicher Weg oder nicht ist von derWirklichkeit Chiles überholt. Zur Rechthaberei, in der sich viele linksradikale Gruppen hier hervortun, ist für die revolutionären Genossen in Chile keine Zeit. Sie gehen daran, den Kampf gegen die faschistische Form des Kapitalismus zu organisieren. Sie schaffen sich neue Organe und Organisationen des Kampfes, in den sich die revolutionären Teile aller linken Parteien und Gruppen (auch der PC) zusammenschließen. Die Genossen in Chile werden alle Kämpfer nicht nach ihrer Partei-



zugehörigkeit beurteilen, sondern nach ihrer Bereitschaft, praktisch den Widerstand zu organisieren, und zu kämpfen. Das wird nicht eine verwaschene Einheitsfront aller Antifaschisten sein, sondern der einheitliche Kampf aller Revolutionäre, in dem die MIR eine entscheidende Rolle spielt. Viele chilenische Antifaschisten werden für diesen Kampf nicht funktionalisiert, sondern gewonnen werden. Denn nur darin liegt die Chance der chilenischen Revolution.

So intensiv die Hexenjagd auf Führer der Volksbewegung auch betrieben wird, mit Steckbriefen, mit Appellen an Kriminelle und Lumpen, denen bei der Verhaftung von Gesuchten immens hohe Belohnungen versprochen werden, wichtige führende Geossen wie Carlos Altamirano von den Sozialisten, Oscar Garreton von der MAPU, Miguel Enriquez von der MIR können nach wie vor in der Illegalität an der Organisation der revolutionären Kräfte arbeiten. Was aber wichti-

ger ist: die Erfahrungen aus den Kämpfen der letzten Jahre, die Politisierung der Massen in der Zeit der Regierung Allende, der hohe Bewußtseins- und Organisationsstand des Proletariats befähigen die Basis, unmittelbar wirksam zu werden, den Widerstand auf breitester Grundlage aufzunehmen.

Dennoch – das bisherige Opfer ist gewaltig, wobei von den Parteien der Unidad Popular am meisten die Sozialistische Partei betroffen scheint; allein dreihundert bis vierhundert ihrer besten Mitglieder fielen bei der Verteidigung des Parteilokals der PS in Santiago, das von Panzern erstürmt wurde. Jeder Tag, an dem sich die Faschisten an der Macht halten, vermehrt die Zahl der Ermordeten, Gefolterten, Eingekerkerten; die Junta kalkuliert zynisch die Unterernährung in ihre Rechnung ein; die gesicherte Versorgung der chilenischen Kinder mit einem halben Liter Milch täglich, von der Regierung Allende eingeführt, wurde kurzerhand eingestellt.



Der Kampf geht weiter

Keiner gibt sich Illusionen über die Dauer des Kampfes hin; zugleich aber wächst die Gewißheit, daß ein so hochentwickeltes Proletariat, klassenbewußt und geschult wie das chilenische, auf Dauer auch mit brutalstem Terror nicht niedergehalten werden kann. Die schärfsten Waffen der Unterdrückung werden stumpf, wenn der Arbeitsprozeß nur mehr mit nackter Gewalt aufrechtgehalten werden kann. Schließlich hat die chilenische Arbeiterklasse keine niedergeschlagene Revolution hinter sich, sondern die Erfahrung eines durchaus erfolgreichen Kampfes für die unmittelbare Verbesserung ihrer Lebensumstände. Die Erinnerung an den greifbar nahen Triumph kann die faschistische Junta nicht auslöschen, nicht durch Terror, Mord und Folterung und auch nicht dadurch, daß die Reichtümer des Landes wieder an US-Konzerne und ausländisches Kapital ausgeliefert werden. Chile ist nicht Brasilien! Die Kräfte der Revolution in Chile sind geeinter als je zuvor und fest in den Massen verankert. Der Kampf geht weiter!





SPENDENAUFRUF

Waffen für Chile

Der Putsch der Generäle in Chile hat eine lange Vorgeschichte, die zu kennen zum Verständnis der gegenwärtigen Vorgänge erforderlich ist.

Seit der spanischen Kolonialisierung hat Lateinamerika im Rahmen der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung die Rolle eines Rohstofflieferanten und des Produzenten weniger landwirtschaftlicher Produkte zugewiesen bekommen. Mittlerrolle bei diesem Prozeß der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der menschlichen Arbeitskräfte übernahm der Großgrundbesitz und die Handelsbourgeoisie Lateinamerikas. Seitdem der Welthandel durch die Weltwirtschaftskrise und später im zweiten Weltkrieg stark eingeschränkt wurde, setzte in fast allen lateinamerikanischen Ländern eine beschränkte Industrialisierung ein, die hauptsächlich die Einfuhren ersetzen sollte. Gleichzeitig veränderte dieser Prozeß den Machteinfluß der herrschenden Klasse Lateinamerikas zugunsten der industriellen Bourgeoisie. Hierbei wurde ein Industrieproletariat geschaffen und die Landflucht schuf Massen von Arbeitslosen in den großen Städten. In den 50er Jahren verstärkte sich die Abhängigkeit Lateinamerikas von den imperialistischen Metropolen und die gesellschaftliche Entwicklung verschlechterte zunehmend die Situation der Massen, da die kleinbürgerlich-nationalistischen Regierungen nicht in der Lage waren, entscheidende Schritte für eine Umwälzung der sozialen Verhältnisse zu tun.

Diese Regierungen, wie die von Peron u. a. wurden schließlich durch Militärdiktaturen gestürzt, die sich den ausländischen Kapitalinteressen williger ergeben zeigten. Hierbei wurden einige Staaten zu kapitalistischen Submetropolen auf dem Kontinent herausgebildet, wie Brasilien und Argentinien, die eine forcierte Industrialisierung vorantrieben auf Grundlage einer extremen Ausbeutung der Volksmassen bei gleichzeitiger brutaler Unterdrückung aller sich antagonistisch äußernder Bedürfnisse. Allerdings scheiterte die forcierte Kapitalisierung in Argentinien auch aufgrund von starken Arbeiterkämpfen, so daß die Militärs abtreten mußten und der nationalistische Bonapartismus Perons zurückkehren konnte.

Vor diesem Hintergrund kann man die Machtübernahme Allendes im September 1970 sehen, der daranging, einige Schlüsselindustrien, wie den Kupferbergbau zu verstaatlichen, aber bald an die Grenzen seines streng parlamentarischen Weges stieß. Der Widerstand der herrschenden Klasse, der Grundbesitzer, der nationalen und Industriebourgeoisie benutzte konsequent das legale Mittel des Parlaments, in dem diese über die absolute Mehrheit verfügte, um Allendes Reformpläne zu torpedieren.

Und die Arbeiter unterstützten Allende deshalb, weil er sich weigerte, mit offener Repression gegen sie vorzugehen. Sie hatten einfach einen größeren Bewegungsspielraum, für ihre eigenen Bedürfnisse zu handeln.

So besetzten die landlosen Bauern seit 1970 hunderte von Gütern, die Obdachlosen der Slums, die „pobladores", besetzten massenhaft leerstehende Wohnungen und Häuser. Und um diese Aneignungen zu verteidigen, wurden Kommunalkommandos gebildet



(commandos communales), die auch bald begannen, die Versorgung der Bevölkerung zu organisieren. Die Industriearbeiter entwickelten daraufhin ähnliche Kampfformen. Besonders in den letzten Monaten häuften sich die Betriebsbesetzungen durch Arbeiter, die begannen, die Produktion in eigene Hände zu nehmen und nach ihren Bedürfnissen auszurichten. Allein in Santiago gab es acht Arbeiterkomitees, die sich „cordones industriales" nennen und die von rund 80.000 Arbeitern getragen werden. Und diese Arbeiter waren bewaffnet, da ihnen klar war, daß die Vertreter der bürgerlichen Ordnung dieses Vorgehen der Arbeiter nicht kampflos hinnehmen würden.

Und die Bedeutung Allendes für die Arbeiter?

Wie kam es, daß trotz des völligen Zusammenbruchs der Reformpolitik Allendes, trotz des Anstieges der Inflationsrate auf über 300 % und damit einer ungeheuren Verschlechterung der Lebensbedingungen die Sympathiekundgebungen der Arbeiter immer größer wurden, je wütender die Sabotagestreiks der Reichen, Zwischenhändler und Fuhrunternehmer wurden?

Einfach weil Allende rutalen Gegenangriff der Staatsmacht, des Heeres, auf die entstehende Volksmacht, den „poder popular" verzögerte. Weil er das Vorgehen der Armee gegen die Arbeiter nicht duldete. Und genau deshalb ließ die Generalität die legale Opposition fallen, zerschlug sie die ihr hinderliche Allenderegierung und trieb den Präsidenten in den angeblichen Selbstmord.

Der Putsch der Militärs wurde durch ein gemeinsames Manöver der amerikanischen und chilenischen Flotte eingeleitet, wobei unter diesem Vorwand starke Flotteneinheiten im wichtigsten Seehafen Chiles, in Valparaiso, zusammengezogen wurden und den Putsch dort begannen. Desweiteren sollen amerikanische Piloten an dem Bombardement des Präsidentenpalastes in Santiago mitgewirkt haben. Nur darf man aufgrund dieser Information den Putsch nicht wieder einzig und allein für eine Machenschaft der großen Drahtzieher im Weißen Haus halten, sondern nur für den Auftakt zum Klassenkrieg in Chile. Aus den noch spärlichen Informationen aus Chile geht hervor, daß die cordones industriales viele Tage verteidigt wurden, die Armee nach heftigen Kämpfen aber schließlich doch dort eindringen konnte, wobei sie sich nicht scheute, ganze Fabriken, die durch Arbeiter verteidigt wurden, zu bombardieren. Gegen diese militärische Übermacht mußten die Arbeiter und die politischen Organisationen schließlich zu anderen Kampfformen greifen. Aber die hohe Kampferfahrung aus dem vorangegangenen drei Jahren und die damit verbundene Organisierung machen es möglich, einen verdeckten Kampf im Untergrund zu führen, der von allen Teilen der chilenischen Arbeiterklasse unterstützt wird.

Bei diesem Kampf spielte MIR (Bewegung der revolutionären Linken) eine entscheidende Rolle. Der MIR ging aus Studentengruppen Mitte der 60er Jahre hervor, die nach Allendes Regierungsantritt hauptsächlich Wohnungs-, Häuser- und Latifundienbesetzungen durch Slumbewohner und arme Bauern organisierten. An der Volkseinheitsregierung kritisierten sie hauptsächlich, daß sie eine Mobilisierung der Arbeiter nur sehr beschränkt durchführte, meistens aber mit Repressionen gegen sie vorging. Daher besaß sie keine reale Macht, um die Institutionen der Klassenherrschaft zu zerschlagen. Sie mußte sich vielmehr häufiger den Druck der Bürgerlichen beugen und Konzessionen machen. Positiv waren für den MIR die relativ großen Möglichkeiten einer Mobilisierung der Massen.

Natürlich ist der MIR nicht die einzige politische Organisation, die in der Lage ist, den Untergrundkampf zu organisieren. So sind gerade große Teile der sozialistischen Partei und der MAPU in weit größerem Maße in den cordones industriales verankert als der MIR, was sich aus der Geschichte erklären läßt, da der MIR erst unter den pobladores und Bauern arbeitete. Das Problem des MIR liegt darin, daß er eine Bewaffnung der Arbeiter in einer relativ offenen Weise betrieb, das heißt auf den genauen Zeitpunkt des Putsches nicht eingestellt war und so etwas Zeit brauchte um ein entsprechendes Netz im Untergrund aufzubauen. Allerdings zeigt die Tatsache, daß sich alle Widerstandsgruppen dem Kommando der MIR unterstellt haben, seine große Stärke.

Und diesen bewaffneten Kampf der Arbeiter gilt es zu unterstützen, nicht irgendwelche zerschlagenen Institutionen wie die Unidad Popular-Regierung, wie es die Reformisten von Jusos bis DKP machen. Das gesammelte Geld geht an den MIR, da dorthin feste organisatorische Kontakte bestehen und wir sicher sind, daß es für den bewaffneten Kampf gebraucht wird. Und deshalb

WAFFEN FÜR DIE ARBEITERGUERILLA!

Spenden an:
Andreas Buro – Sonderkonto –
33 Braunschweig
PSA Hannover
Konto Nr. 239848-309

17./18. Nov. STREIKDISKUSSION IN ESSEN

Mit dem Ende der Studentenbewegung einerseits, und den wachsenden Verwertungsschwierigkeiten des BRD-Kapitals andererseits . . .

Hört! Hört!

In der letzten Nummer der Zeitung hatten wir eine Diskussion über die Streikbewegung der letzten Monate angekündigt, die am 6./7. Oktober in Bochum stattfinden sollte. Dieses Treffen wurde verschoben, es findet jetzt wahrscheinlich im November an einem Wochenende statt.

Wir haben nämlich erst nach dem Erscheinen der letzten Zeitung erfahren, daß vor einiger Zeit schon ein ähnliches Treffen in Köln stattgefunden hat; beteiligt daran waren verschiedene Betriebsgruppen, hauptsächlich aus dem Ruhrgebiet. Wir haben mit einigen Genossinnen und Genossen, die an diesem Treffen beteiligt waren, gesprochen; sie sagen, das Treffen habe dazu gedient, daß die verschiedenen Gruppen mit ihren verschiedenen Ansätzen sich erst einmal kennenlernen, über ihre Arbeit berichten und so die Möglichkeiten schaffen, allmählich ihre Erfahrungen zu konfrontieren. Was die Genossen in Köln auf keinen Fall wollten: sich das Tempo des Diskussionsprozesses von intellektuellen Gruppen vorschreiben zu lassen, sich als Zweck dieses und weiterer Treffen die schnelle inhaltliche und organisatorische Vereinheitlichung aufzwängen zu lassen. Sie waren sich einig darüber, daß diese Diskussion, in der die Frage der Gewerkschaftsarbeit und die des multinationalen Kampfes am Beispiel von Ford im Mittelpunkt standen, fortgesetzt werden sollte.

Ein eigenes Treffen der Gruppen um die *WIR WOLLEN ALLES* zu organisieren, halten wir deswegen für sektiererisch. Wir sind gerade dabei, um den Gruppen der Kölner Diskussion Kontakt aufzunehmen, um ein gemeinsames Treffen für November abzumachen.

WAS WOLLEN WIR MIT DEM TREFFEN?

Wir meinen, daß es allgemeine „Einschätzungen" der Streiks schon zur Genüge gibt. Sie reichen von der KPD über die verschiedenen Aufbauorganisationen bis zur *WIR WOLLEN ALLES.* Solche Einschätzungen sind notwendig, sie sind nie ganz falsch und sie enthalten oft einige brauchbare Diskussionsansätze. Sie enthalten aber alle auch eine große Gefahr: daß nämlich in der Darstellung und Analyse einer ganzen Kette von erfolgreichen Streiks unter der Hand der Eindruck erweckt wird, als wären das Erfolge der Gruppen, die diese Berichte schreiben! Liest man die linke Presse der letzten Monate, so stellt man erstaunt fest, daß sie **alle** recht gehabt haben, daß sie **alle** sich in ihrem Ansatz bestätigt fühlen: die KPD meldet großmäulig, daß sie überall führend war und jetzt ganz fix die RGO aufgebaut wird; das Sozialistische Büro („expreß") sieht sich darin bestätigt, daß die Vertrauensleutearbeit verstärkt werden muß; die *WIR WOLLEN ALLES* freut sich, daß die Arbeiter schon (fast) alles – oder jedenfalls mehr als vor ein paar Jahren – wollen. Eins wird bei dieser objektivistischen Berichterstattung regelmäßig entweder unterschlagen oder großmäulig weggejubelt: die Frage, was für Konsequenzen die Streiks für die Arbeit der Gruppen haben müßten, die Frage also nach dem praktischen Bezug der Gruppen zu der Bewegung der Arbeiter. Wir wollen uns durch die Streiks der letzten Monate in unseren Annahmen und Analysen nicht bestätigen lassen – wir wollen über die Frage diskutieren: **Was können und müssen wir aus den Streiks lernen?**

Diese Fragestellung ist notwendig. Denn wir meinen, daß die Gruppen um die *WIR WOLLEN ALLES* zwar scheinbar eine feste politische Position haben, daß aber die Streiks gezeigt haben, wie praktisch schwach diese Position ist. Unsere allgemeinen Einschätzungen der Streiks sind ziemlich hilflos; denn so richtig sie – von Zeitung zu Zeitung – sein mögen, können sie nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir während der Streiks fast ausnahmslos abseits standen, daß wir weder Einfluß nehmen konnten noch wußten, wie wir in den Betrieben, in denen wir arbeiten, praktisch reagieren sollten. Offensichtlich ist es uns Linksradikalen – trotz drei Jahren Arbeit im Betrieb – nicht gelungen, praktische Positionen zu erobern, wirklichen Einfluß auszuüben. Das heißt nicht, daß wir die Inhalte unserer Arbeit in Bausch und Bogen aufgeben sollten. Das heißt aber wohl, daß wir in Diskussion treten sollten mit Gruppen, die in Betrieben mehr als wir verankert sind, denen es gelungen ist, auf die Streiks praktischen Einfluß zu nehmen.

Das ist unserer Meinung nach der Zweck des Treffens: **nicht die papierne Verallgemeinerung von politischen Einschätzungen, sondern die Konfrontation von Erfahrungen.** Nicht Kongreß, sondern Diskussion. Wir wollen mit diesem Treffen die Exklusivität der Diskussionen der *WIR WOLLEN ALLES*-Gruppen sprengen. Daher kommt es uns darauf an, daß möglichst viele Gruppen, Kollegen und Genossen kommen, die in einem praktischen Zusammenhang zur Arbeit im Betrieb stehen; die Erfahrungen mit Vertrauensleute- und auch Betriebsratarbeit, die Erfahrungen mit gewerkschaftsoppositioneller Arbeit gemacht haben; die praktische Erfahrungen in multinationalen Kämpfen und Organisationsansätzen gemacht haben. Und es kommt uns vor allem darauf an, daß diese Leute, die meist nicht aus intellektuellen Zusammenhängen kommen, **auch zu Wort kommen und Gelegenheit haben, ihre Erfahrungen darzustellen.** Ob eine Gruppe sich an dem Treffen beteiligt oder nicht – dafür sollte ihr praktisches Interesse entscheidend sein. Gruppen, die noch weithin intellektuell geprägt sind (das trifft auch auf uns zu), sollten nicht mit Massenabordnungen kommen und ihre Wortmatadoren besser zu Hause lassen. Wer zu dem Treffen kommt und wer nicht – darüber sollten die Gruppen vorher eine politische Diskussion führen.

Wir bitten alle, die an dem Treffen teilnehmen wollen, an die untenstehende Adresse zu schreiben und anzugeben, zu wievielt sie kommen wollen. Alle weiteren Informationen und evtl. Papiere werden wir euch schicken.

Revolutionärer Kampf
6 Frankfurt, Postfach 4202
Tel. 0611/59 14 64

So nicht!

In Berlin hatten Genossen, die in Betrieben arbeiten, vor kurzem eine Diskussion über Chile vorbereitet: 60 Kollegen wollten kommen und kamen auch. Nur: trotz aller Geheimhaltung hatte sich das Treffen in den linken Kneipen herumgesprochen. Das Ergebnis: massenhaft erschienen die linken Intellektuellen und lieferten sich heftige Redegefechte. Kein Arbeiter kam auch nur zu Wort, bald waren alle Kollegen gegangen!

Solidarität mit den entlassenen Opel-Arbeitern

Immer, wenn die Arbeiter anfangen, sich zu wehren, antwortet der Opel mit Entlassungen: er entließ früher den Spanier Andres Lara, der auf der Betriebsversammlung über die elende Wohn- und Arbeitssituation der ausländischen Arbeiter gesprochen hatte. Er entließ den Betriebsrat Rudi Wischnewski, weil er die Korruption der Betriebsratsmehrheit nicht mitmachte und darüber offen auf der Betriebsversammlung erzählte. Und er entließ jetzt, nach dem Streik, sieben willkürlich herausgegriffene Kollegen: vier Deutsche und drei Ausländer. Zwei der Ausländer, Spanier, wurden sofort nach Spanien abgeschoben – mit einem Vermerk im Paß: „Politischer Agitator!" Nur einem der Entlassenen, einem Vertrauensmann, wird Rechtshilfe von der IG Metall „gewährt". Die Entlassenen sind teils noch ohne Arbeit, teils verdienen sie an ihren neuen Arbeitsplätzen durchschnittlich zwei Mark weniger als beim Opel.

In Bochum wurde ein „Solidaritätskomitee für die entlassenen Opel-Kollegen" gegründet. Es wird von einer ganzen Reihe politischer Gruppen unterstützt. Das Komitee informiert, hat eine Kundgebung in Bochum veranstaltet, verteilt vor Betrieben und in Stadtteilen Flugblätter, organisiert die Rechtshilfe und sammelt Geld. Eine öffentliche Sammlung im ganzen Bochumer Stadtgebiet wurde dem Komitee untersagt – mit der Begründung, das ginge gegen die „öffentliche Sicherheit und Ordnung", weil es eine Unterstützung „von Maßnahmen ist, die sich mit dieser Rechtsordnung nicht vereinbaren lassen" (gemeint sind wilde Streiks).

Bisher wurden etwa 6 800 DM gesammelt; 4 700 DM sind inzwischen ausgezahlt worden: allein die Entlassenen selbst (einschließlich Lara und Wischnewski) bestimmen über das Geld und haben es je nach Bedürftigkeit verteilt. Inzwischen konnte mit den zwei abgeschobenen Spaniern Kontakt aufgenommen werden, auch ihnen wird Geld zugeleitet. Die nächste Aufgabe wird die Vorbereitung der Arbeitsgerichtsprozesse sein.

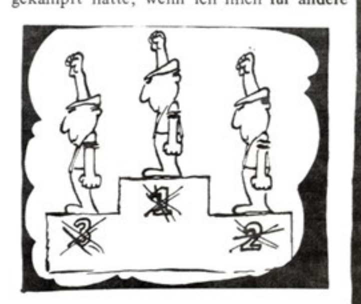
Die Kollegen in Bochum brauchen noch viel mehr Geld! Spendet auf das Konto „OPEL-SOLIDARITÄT", Westfalenbank Bochum Nr. 90 69 64!!!

"Ich bereue nichts"

(Aus einem Gespräch mit einem nach dem Streik entlassenen Kollegen von Opel/Bochum)

Nach einem Streik, der kein voller Erfolg war, wird es erst mal schlimm im Betrieb: man ist wieder an den Arbeitsplatz zurückgeschlagen, alle sind vereinzelt, schwach. Der Unternehmer nutzt den Augenblick: die Angst zieht ein, die Spaltung, jeder arbeitet verbissen und will den Eindruck erwecken: ich hab sowieso mit dem ganzen Streik nichts zu tun gehabt!

Es ist eine unwürdige Zeit: man wird ein paar Tage nach dem Streik rausgeschmissen, darf die Kollegen nicht mehr sehen und fühlt, wie sie den Kopf senken und sich nicht trauen, einem in die Augen zu schauen. Man geht vors Tor nach der Schicht, will mit ein paaren reden, die man seit Jahren kennt: sie kennen einen plötzlich nicht oder bellen einen an: Warum hast du auch einen Arbeitswilligen verprügelt, geschieht dir ganz recht! Sie nehmen auf einmal zu den dreckigsten Lügen der Unternehmer Zuflucht. Man ist auf einmal ganz alleine, man möchte heulen. Aber: „Wenn ich **für die anderen Kollegen** gekämpft hätte, wenn ich mich **für andere** eingesetzt hätte – dann wäre ich jetzt zerstört, dann wäre ich für immer kuriert. **Ich bereue aber nichts, denn ich habe für mich gekämpft!"**





NAHOST

Der Krieg gegen die Massen

Seit dem 6. Oktober wird im Nahen Osten ein erbitterter Krieg geführt. Die Militärkommuniqués sprechen von riesigen, beiderseits verlustreichen Materialschlachten zwischen amerikanischen und sowjetischen Flugzeugen, Panzern, Raketen und anderen schweren Waffen. Die militärische Stärke der jeweiligen Kriegspartei wird in Zahlen von Toten der Gegenseite angegeben.

Wieso konnte dieser Krieg ausbrechen, wo doch die Großmächte, die israelische und die arabischen Regierungen seit Jahren von friedlichen Lösungen des Nahost-Konflikts reden? Worum geht es in diesem Krieg?

Der Zionismus . . . gegen die Palästinenser

Im Mai 1948 war der Staat Israel gegründet worden, in einem Gebiet, in dem seit Jahrhunderten palästinensische Araber lebten. Die beabsichtigte Staatsgründung im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina, die durch Beschluß der UNO-Vollversammlung abgesichert ist, führte zu Auseinandersetzungen zwischen jüdischen Einwanderern und der dort lebenden Bevölkerung. Im Frühjahr 1948 ermorden zionistische Kommandogruppen in dem arabischen Dorf Deir Jassin 250 Männer, Frauen und Kinder. Durch diesen und ähnliche Terrorakte werden die Araber zum Verlassen Palästinas gezwungen.

Nach der Ausrufung des jüdischen Staates kommt es zum Krieg mit den Ländern der arabischen Liga, in dessen Verlauf Israel mehrere Tausend Quadratkilometer arabischen Bodens annektiert und eine Million Palästinenser nach Sinai und über den Jordan treibt. Dort leben die Flüchtlinge jahrelang in Lagern aus Zelten und Wellblechhütten. Bei weiteren Grenzprovokationen in den folgenden Jahren werden zahlreiche arabische Dörfer zerstört, ihre Bewohner ermordet oder erneut vertrieben. 1956 beteiligen sich israelische Truppen an einer ergebnislosen englisch-französischen Invasion Ägyptens zur Wiedereroberung des nationalisierten Suezkanals und im Juni 1967 starten sie überfallartig einen neuen Feldzug gegen Ägypten, Syrien und Jordanien. Seit diesem Blitzkrieg hält Israel die ganze Sinai-Halbinsel, den Gaza-Streifen, die jordanischen Gebiete westlich des Jordans, die Golanhöhen im Süden Syriens und den jordanischen Teil von Jerusalem besetzt. Noch mehr Palästinenser fliehen, noch mehr Araber geraten unter die Herrschaft des Zionismus.

Im gleichen Jahr verlangt der Sicherheitsrat der UNO (Resolution Nr. 242) den Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den im Sechstagekrieg besetzten Gebieten, die Anerkennung Israels in den Grenzen vor 1967, eine „gerechte Lösung" des Flüchtlingsproblems und die Errichtung eines dauerhaften Friedens in Nahost. Israel jedoch gibt dem internationalen Druck nicht nach, obwohl es auf Finanzspritzen der USA angewiesen ist, und baut stattdessen seine Herrschaft in den besetzten Gebieten aus. Mit staatlichen und internationalen Geldern werden Siedlungen, Wehrdörfer und Industrieunternehmen errichtet. Der Widerstand der palästinensischen Bevölkerung wird mit bewaffnetem Terror gebrochen. Häuser von Arabern, die Widerstand leisten, werden gesprengt, ihre Felder vernichtet, enteignet. Als Industriearbeiter werden sie schlechter bezahlt als Israelis, die die gleiche Arbeit tun, werden diskriminiert und in Wohnghettos zusammengepfercht.

. . . gegen die jüdischen Massen

Gleichzeitig wird die israelische Bevölkerung durch umfassende Propaganda vom Kampf um ihre Interessen abgelenkt. Deshalb sind in Zeiten „äußerer Spannung" Arbeitskämpfe und Demonstrationen selten. In Zeiten relativer außenpolitischer Ruhe jedoch läßt die „einigende Kraft des Krieges" nach. In letzter Zeit ist die Zahl der illegalen Arbeitskämpfe gestiegen. Im Frieden geraten die herrschenden Kreise Israels von innen her unter Druck, sind deshalb zu Zugeständnissen an die Massen gezwungen. Die studentische Opposition gegen die Expansionspolitik und die Sympathisanten der palästinensischen Widerstandsbewegung, deren größter Teil von den angrenzenden arabischen Ländern aus operiert, werden mit unnachgiebiger Härte verfolgt.

In den arabischen Ländern ergeht es den Massen kaum besser. Der „arabische Sozialismus" hat sich längst als die Herrschaft einer neuen Klasse von Kapitalisten und Staatsfunktionären entpuppt, welche die Mobilisierung der Massen über ihre außenpolitischen Ziele hinaus als permanente Bedrohung ihrer Privilegien empfindet. Deshalb verfolgen die arabischen Regierungen Arbeitskämpfe und Emanzipationsbewegungen, soweit diese die jeweilige Regierung oder das System in Frage stellen, mit der gleichen Brutalität, mit der die herrschenden Klassen immer dort reagieren, wo ihre Interessen oder ihre Existenz bedroht ist. Es gibt keine arabische Regierung, die hier eine Ausnahme macht. Den Höhepunkt der Verfolgung stellte das Massaker dar, das die Truppen Husseins von Jordanien im September 1970 an Palästinensern und Jordaniern verübten, als diese begonnen hatten, in gemeinsamen Volksräten ihr Leben selbst zu bestimmen und ihre Interessen auch bewaffnet zu verteidigen.



Krieg und Frieden das Spiel der Herrschenden

Zurück zur israelisch-arabischen Kriegsgeschichte. Durch die ständigen Verluste strategischer Positionen an Israel, die wiederholten Niederlagen gegen den technisch überlegenen äußeren Feind, verloren die arabischen Regierungen an Glaubwürdigkeit gegenüber der Bevölkerung. Diese verlangte immer häufiger, das in mehreren Kriegen verlorene

Selbstbewußtsein wiederzugewinnen, indem sie sich gegen die israelischen Armeen zur Wehr setzten, um die permanente Demütigung und den dauernden Kriegszustand, unter dem vor allem die Massen litten, zu beenden. Immer dreister waren in den vergangenen Monaten israelische Sonderkommandos in arabisches Territorium eingefallen, hatten Dörfer und Flüchtlingslager angegriffen und arabische Industrieanlagen zerstört. Deshalb ist, als am 6. Oktober ägyptische und syrische Truppen zurückschlagen, kein Propagandafeldzug nötig, um die Araber hinter ihre Regierungen zu bringen. Die arabischen Völker wollen diesen Kampf gegen einen Militärapparat, der bisher unverwundbar erschien. Über Vermittlung der Großmächte hatten die arabischen Bourgeoisien begonnen, **ihren** Frieden zu machen und Zugeständnisse anzubieten. Zugleich hielten sie die Bevölkerung in ständiger Kriegsvorbereitung gegen den äußeren Feind, um von den Konflikten im Inneren abzulenken und ihre bedrohten Positionen zu halten. Hinter dem sogenannten Frieden, den sie anstreben, stehen die Interessen der Weltmächte, der USA vor allem, auch der Sowjetunion, der es gelang, den Amerikanern strategischen Einfluß streitig zu machen, und Westeuropas. Dieser Krieg wird geführt mit Waffen und Munition aus den USA und der Sowjetunion. Und während der Krieg weitergeht, sitzen die Großmächte bereits am Verhandlungstisch.

Sowohl die seit 1967 in kaum veränderter Form vorgebrachten Friedensvorschläge wie auch der derzeitige Krieg sind bürgerliche Lösungen. Die Interessen der Großmächte können langfristig nur durch einen „dauerhaften Frieden" gewährleistet werden. Seit dem Sechstagekrieg jedoch befand sich der Nahe Osten in latentem Kriegszustand. Die zionistische Politik der „vollendeten Tatsachen" durch Befestigung ihrer Herrschaft in den besetzten Gebieten Palästinas erzeugte ständig neue Auseinandersetzungen, in deren Verlauf einige arabische Regierungen selbst den Einsatz des arabischen Öls als politische Waffe androhten. Ohne das Öl des Nahen Ostens können aber weder die amerikanische, noch die westeuropäische noch die sowjetische Wirtschaft langfristig existieren. Von einer teilweisen Rückgewinnung der besetzten Gebiete und der garantierten Existenz Israels in den Grenzen vor 1967 erhoffen die Großmächte eine längerfristige Stabilität, die zugleich den Interessen der Ölkonzerne, des israelischen Staates und der arabischen Bourgeoisien entgegenkommt, die die herrschenden Klassen in den verschiedenen Ländern soweit stärkt, daß sie in der Lage sind, sozioökonomische Veränderungen und den Aufstand der Massen gegen den jeweiligen Unterdrücker zu verhindern.

Eindrücke der ersten zehn Tage des Kriegs:

Als am Samstag, den 6. 10. 1973, am „Versöhnungsfest" (ein Tag, an dem alles in Israel ruht, vom Radio bis zum privaten Autoverkehr) zum ersten Mal in der Geschichte Israels das Radio seine Sendungen aufnahm und einen Angriff syrischer und ägyptischer Militärkräfte auf israelische Stellungen meldete, und zugleich bestimmte Code-Meldungen, die eine Mobilisierung der Reservestreitkräfte bewirkten, durchgab, war ich wie die meisten Linken und Liberalen in Israel überzeugt, daß das ganze ein Manöver der israelischen Herrschenden ist, die die Grenzen ein wenig erhitzen wollen, um bei den bevorstehenden Wahlen wieder einmal von den inneren sozialen Spannungen auf die äußeren Gefahren abzulenken.

Die in Israel herrschende Arroganz und das blinde Vertrauen in die totale Überlegenheit der israelischen Streitkräfte, gepaart mit Vorstellungen, die Araber seien „Feiglinge", hat offensichtlich die gesamte Bevölkerung Israels, Juden wie Araber, zu der Annahme geführt, die arabischen Staaten seien nicht in der Lage und wären auch nicht bereit, Israel anzugreifen. Gleichzeitig war jeder davon überzeugt, daß die israelische Armee mit den Armeen Syriens und Ägyptens einen sehr kurzen „Prozeß" machen wird, genau wie im Juni-Krieg 1967.

Die Stimmung in Israel in den ersten drei, vier Tagen des momentanen Kriegs war sehr zuversichtlich und die jüdische Bevölkerung war überzeugt, daß das, was Dajan am ersten Tag sagte: „Wir werden sie diesmal so schlagen, daß sie (gemeint waren vor allem die Syrer) nie mehr einen Krieg anfangen werden", auch wahr ist. In einem Fernsehinterview sagte der Oberbefehlshaber der israelischen Streitkräfte Elazar: „Wir werden ihnen die Knochen brechen." Die Meldungen der Massenmedien waren voll mit Siegesbekundungen und die Zahl der nach der Front sich freiwillig Meldenden war relativ groß. Die Zahl der sich für Sondereinsätze Meldenden ist inzwischen merklich zurückgegangen, vor allem deswegen, weil zum einen sehr viele nicht überzeugt sind, daß der Kampf um Gebiete, welche 1967 erobert worden sind, sich lohne und zum anderen, weil viele einfach Angst haben, nachdem ihr Vertrauen in die Überlegenheit der israelischen Armee erschüttert worden ist. Es kommt hinzu, daß viele in Israel schon lange davon überzeugt sind, daß eine Friedensregelung hätte längst erreicht werden können, wenn die israelische Regierung eine Politik betrieben hätte, die keine Besiedlungen in den besetzten Gebieten und die Vertreibung von Arabern zum Hauptziel gemacht hätte, sondern ernsthafte Bemühungen gezeigt hätte, vor allem gegenüber Ägypten, um zu einer „Lösung" zu kommen.

Kriegsgefangene

Widersprüchliche Meldungen

Die Meldungen der Massenmedien in Israel über den Verlauf der Kämpfe waren und sind sehr widersprüchlich und viele in Israel merkten zum ersten Mal, daß sowohl die Medien wie auch ihre Führer, Politiker und Militärs sie ständig belügen. Zwei Beispiele: Bei einer Pressekonferenz am Abend des dritten Tages des Krieges wurde der Sprecher und Sonderberater Jariv von einem ausländischen Journalisten gefragt, ob das, was er eben erzählte über die Lage an der Front nicht in einem totalen Widerspruch zu dem am selben Morgen von Zahal (der israelischen Armee) veröffentlichten Kommuniqué stände. Nach einer kurzen Beratung mit dem offiziellen Sprecher der Armee sagte Jariv: „Sie haben Recht, das Kommuniqué von heute morgen ist von grundauf falsch." Zweitens: Nachdem bekannt geworden ist, daß irakische Truppen an der Seite der syrischen Truppen kämpfen, haben die israelischen Medien gemeldet, daß es Zahal gelungen ist, eine ganze Panzerdivision vernichtet zu haben. Ein paar Stunden später wurde der Militärexperte und frühere Geheimdienstchef Herzog nach der Wichtigkeit der irakischen Niederlage gefragt. Dieser sagte, daß ein Kampf nur zwischen einem Drittel der irakischen Division und Zahal stattfand und die früheren Meldungen völlig falsch gewesen sind. Eine weitere Falschmeldung war die, daß die Kurden gegen den Irak wieder einen Krieg beginnen würden. Diese Meldung wurde wahrscheinlich lanciert, um den Eindruck zu erwecken, der Einsatz irakischer Truppen wird nur ein sehr begrenzter sein können.

Stimmungen: Kaum jemand in Israel zweifelt daran, daß es der Armee gelingen wird, die arabischen Armeen aufzuhalten. Von daher ist es nur verständlich, daß ein direktes Vernichtungsbedrohungsgefühl nicht aufgekommen ist. Gleichzeitig ist es sehr vielen bewußt, daß egal, wie der Ausgang des Krieges aussehen wird, die arabischen Staaten einen sehr großen militärischen Sieg errungen haben und daß jetzt Israel gezwungen ist, eine Regelung mit seinen arabischen Nachbarn zu suchen. Der Krieg, der vor allem eine Materialschlacht ist, hat den israelischen Juden ihre totale einseitige Abhängigkeit von den USA bewußt gemacht und viele hoffen heute, daß gerade dieser Krieg, der die erste große Niederlage des Zionismus bewirkte, eine Möglichkeit bietet, zu einer Regelung zu kommen. Sozialpsychologisch gesehen hat der Kampf der arabischen Armeen in den Augen der Israelis die Araber zu verhandlungswürdigen Partnern gemacht, da das Image des feigen Arabers jetzt völlig revidiert ist

Die Linken in Israel

Die kommunistische prosowjetische Rakach hat am dritten Tag eine Erklärung abgegeben, die im wesentlichen die abenteuerliche aggressive Politik der israelischen Regierung verurteilt, und beide Seiten aufzurufen, endlich die UNO-Resolution 242 zu verwirklichen und nationale Rechte der arabischen Palästinenser zu konstituieren. Siach (Neue Israelische Linke, eine linkszionistische Organisation) hat einen ähnlichen Aufruf gemacht, der für diese Organisation einen Fortschritt bedeutet, da sie explizit zionistisch ist.

Die linksradikalen Organisationen Matzpen und Maawack haben einen Aufruf gegen den Krieg veröffentlicht, der sich im wesentlichen von den oben genannten Aufrufen darin unterscheidet, daß sie die Existenz des zionistischen israelischen Staates nicht bejahen und haben darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Staat nicht nur die Hauptursache des Krieges ist, sondern daß vor allem jede Regelung die palästinensischen Araber weiterhin als ein unterdrücktes und enteignetes Volk belassen wird, solange wie der israelische zionistische Staat weiter existieren wird.

Die arabischen Palästinenser spielen bis jetzt in der momentanen Auseinandersetzung eine geringe Rolle und das einzige, was sie tun, ist die Praktizierung passiven Widerstandes, der zum Ausdruck kommt vor allem in der Tatsache, daß die meisten von ihnen nicht mehr zur Arbeit gehen. Ein Beispiel für das Verhalten der Palästinenser in Ost-Jerusalem scheint eine arabische Zeitung „Aschaab" (Das Volk). In den ersten Tagen des Krieges bat die israelische Zensur die Herausgeber der Zeitung in ihrer Berichterstattung objektiv zu sein. Die Zeitung hat daraufhin sowohl die israelischen wie auch die syrischen und ägyptischen Meldungen gedruckt. Nach einigen Tagen hat die israelische Zensur die Herausgeber aufgefordert, nur noch die israelischen Meldungen abzudrucken, da nur diese wirklich die „Wahrheit" wiedergeben. Dieser Aufforderung ist die Zeitung nachgekommen, hat allerdings daraufhin ihre Leitartikel eingestellt und eine leere Spalte veröffentlicht. Am Freitag letzter Woche erschien an der Stelle, die einige Tage leer geblieben war, folgendes Märchen: Ein Araber sitzt in der Wüste und kocht sich Kaffee in einem Finjan (großer Topf, in dem Kaffee zubereitet wird). Auf einmal erscheint ein Kamel, das zuerst seinen Kopf und dann seinen ganzen Körper in den Topf steckt, bis es völlig im Topf verschwindet. Der Araber, ganz verdutzt, läuft zu seinen Stammesbrüdern und erzählt ihnen diese unglaubliche Geschichte. Seine Stammesbrüder glauben, er sei verrückt geworden und versuchen, durch Züchtigung und Schläge die bösen Geister aus ihm herauszutreiben. Nach vielen Versuchen und vielen Schlägen geben sie den Araber auf, weil er bei seiner Geschichte bleibt. Der Araber kehrt in die Wüste zurück und versucht nochmal Kaffee zu kochen. Auf einmal erscheinen aus dem Topf erst die Ohren und dann der Kopf des Kamels; daraufhin der Araber: Kamel, Kamel, verschwinde bitte wieder im Topf, denn wenn ich jetzt die Geschichte erzähle, werde ich bestimmt wieder geschlagen.

Mieterbewegung in Hamburg

Seit ungefähr einem Jahr haben sich die vier städtischen Wohnungsbauunternehmen in Hamburg zur SAGA vereinigt. In den 85 000 Wohnungen dieses Riesenkonzerns wohnen 300 000 Mieter, d. h. praktisch jeder 6. Hamburger. Im Vorstand sitzt z. B. SPD-Innensenator Hans-Ulrich Klose, im Aufsichtsrat Bausenator Caesar Meister. Zusammen mit der gewerkschaftseigenen NEUEN HEIMAT führt die SAGA die Wohnungsbaupläne des Hamburger Senats durch.

In der Innenstadt und in zentral gelegenen Stadtvierteln werden seit 1966 die Arbeiter und kleinen Angestellten aus ihren billigen Altbauwohnungen wegsaniert (St. Pauli, Altona, St. Georg, Hohenfelde, Harburg . . .). An ihre Stelle kommen die Hochhäuser der Banken, Versicherungen und Kaufhauskonzerne und einige teure Eigentumswohnungen, die mehr Profit abwerfen.

Sanierung für die Kapitalisten – bezahlt mit unseren Mieten

In Hamburg-Jenfeld will die SAGA jetzt sogar schon Neubauten für ein Einkaufszentrum abreißen. Dann werden den Entwicklungsachsen der Industrieansiedlung neue Betonsilos und Sozialghettos zugeordnet, die sich mit den wegsanierten Arbeitern füllen. Das nötige Kapital dafür treibt die SAGA nun von ihren Altbaumietern auf. Längst fällige Reparaturen und notwendige Verbesserungen (Zentralheizung, neues Bad und Spüle) erklärt die SAGA zu „echtem Wertzuwachs" und will ca. 1,80 DM pro qm mehr einkassieren. Durch diese Erhöhung um etwa 60 % kosten die Altbauten in drei Wohnvierteln (Hastedtplatz, Gazertstraße und Mopsberg) genausoviel wie **neue** Sozialwohnungen (4,80 DM pro qm).

Dabei hatte die SAGA erst zum 1. Juli 1973 bei 20 000 Wohnungen die Miete um 20 bis 60 DM erhöht, angeblich wegen gestiegener Zinsen, Müllabfuhrgebühren usw. Dagegen regt sich erster gemeinsamer Protest bei den Betroffenen in Hamburg-Harburg. Sie haben sich getroffen mit Mietern aus HH-Barmbek, die bei einer ähnlich hohen Mieterhöhung zumindestens 0,65 DM pro qm als Kompromiß herunterhandeln konnten. In HH-St. Pauli machen die Mieter Straßen- und Hausversammlungen, um Reparaturforderungen für ihre Altbauwohnungen aufzustellen.

Sie wollen nicht dasselbe Schicksal wie in HH-Hohenfelde erleben, wo dieses Viertel systematisch abbruchreif gemacht wurde für Luxuswohnungen einer NEUEN HEIMAT-Tochtergesellschaft. Damals konnte auch eine mehrwöchige Hausbesetzung (Ekhofstraße 39) von jungen Arbeitern und Studenten die totale Wegsanierung nicht mehr verhindern. Zuviele Altmieter waren schon vertrieben, als daß der Widerstand noch eine große Basis hätte haben können. In der näheren Umgebung Hamburgs (Elmshorn und Lüneburg) wehren sich die Mieter gegen Erhöhungen und zahlen geschlossen nur die alte Miete weiter.

„Wir haben die Wohnungen ja schon dreimal abbezahlt..."

Eine schöne Überraschung erwartete die ca. 130 Mieter am Hastedtplatz und der Steinikestraße: eine Mieterhöhung ihrer SAGA-Sozialwohnungen um 60 %. Dabei sind die Renovierungs- und Modernisierungsarbeiten, die fast allen von uns Mietern die letzten Nerven gekostet haben, gerade zum Abschluß gekommen.

Bei einigen von uns ging der Urlaub futsch, weil man auf die Handwerker warten mußte. Außerdem mußten wir alles neu tapezieren, denn Tapeten und Fußböden waren ziemlich beschädigt.

Jeden Abend neuen Schutt in der Wohnung, und das bei einigen ein halbes Jahr lang. Dauernd wird man wütend über Fenster, die nicht mehr aufgehen, Badearmaturen, an denen man sich den Kopf wund schlägt, das Bad ist nur halb gekachelt, alte und neue Kacheln oft zusammengeflickt.

Die ganzen Jahre über mußten wir Kohlen raufschleppen und die Kinder sich abends im kalten waschen. Da freuten wir uns natürlich über die Zentralheizung, bloß die Heizleitungen sind entweder so heiß, daß wir im Schlafzimmer über 30 Grad haben, oder die Heizkörper so klein, daß manche Zimmer ewig kalt bleiben.

Auf Sicherheit hat die SAGA sowieso nicht geachtet, die Herren wohnen dort ja auch nicht. Die Elektroleitungen sind nicht geerdet: macht man die Waschmaschine an, kriegt man einen Schlag. So brach sich eine alte Frau ein Bein, als sie vor Schreck umfiel.

Mieten: Keine Kosten sondern eine Machtfrage

Und dann diese unverschämte Mieterhöhung! 1971 haben wir Mieter uns einverstanden erklärt, die Modernisierung (Zentralheizung, Küche, Bad) mit einer Mieterhöhung von 1,25 DM vornehmen zu lassen. Damals waren einige nicht bereit, ihre Zustimmung zu geben, gaben dann aber unter Druck doch ihre Einwilligung. Das Faß lief über, als dann die Erhöhung auf 1,80 DM pro qm hochgeschraubt wurde, und die schlecht ausgeführten Renovierungsarbeiten uns selbst noch 1.000–2.000 DM kosteten.

Zuerst haben einzelne Beschwerdebriefe gegen die SAGA losgelassen und die Öffentliche Rechtsauskunft (ÖRA) um Hilfe gebeten. Aber das nützte überhaupt nichts. Dann zog einer los und sammelte Unterschriften gegen die Mieterhöhung. Das war ein erster Schritt, um alle Betroffenen zusammenzubringen.

Über die Hälfte hat unterschrieben! Es gab nur noch **ein** Gesprächsthema: was machen wir gegen die Mieterhöhung. Viele sind durch die Blöcke gegangen und haben mit den anderen Mietern geredet. Viele sagten sich seit Jahren wieder guten Tag, sprachen wieder über ihre alltäglichen Sorgen.

Wir sind nicht mehr allein

Die SAGA hatte auch mitgekriegt, daß unter uns eine ziemliche Unruhe war. Zusammen mit der ÖRA lud sie zu einer Unterredung die Mieter ein, doch das ging uns alle an. Darum haben wir Flugblätter verteilt, Plakate in alle Häuser geklebt und alle zur SAGA-Versammlung aufgerufen. Mehr als 40 sind gekommen. Die Vertreter der SAGA versuchten uns „einleuchtende" Argumente für die Mieterhöhung zu bringen. Jedermann wisse ja, daß die Preise gestiegen seien, und die Löhne natürlich auch.

Es täte ihnen auch sehr leid, daß die Mieter nicht früher benachrichtigt worden seien. Wegen dieses Formfehlers bräuchten wir die erhöhte Miete erst 2 Monate später zu zahlen. Wir ließen uns von diesen Vorschlägen und Begründungen natürlich nicht einwickeln.

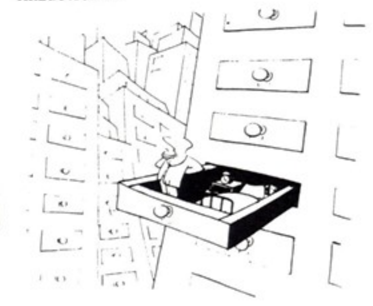
„Was Sie hier mit uns machen, ist ganz bewußter Betrug!"

„Schließlich wohnen wir hier seit Jahren und haben die Miete immer regelmäßig bezahlt, und nie ist etwas verbessert worden. Die Reparaturen sind doch lebensnotwendig. Zentralheizung und warmes Wasser sind doch wohl selbstverständlich!"

Um uns unter Druck zu setzen, schrieb einer der Herren die Namen der engagiertesten Redner auf. Wir ließen uns aber nicht einschüchtern. Die Herren rutschten unruhig auf ihren Stühlen herum, als wir unsere Forderungen stellten:

- keine erhöhte Miete
- sofortige Reparatur der Mängel
- die Zahlung der in der Wohnung angerichteten Schäden.

Jetzt stellte sich plötzlich heraus, daß der SAGA-Vertreter gar nicht kompetent war, sondern er nur zum Trösten gekommen war. Wütend gingen wir auseinander mit der Absicht, uns gegen diese Unverschämtheiten zu wehren, und eine Mietervollversammlung einzuberufen.



Die SAGA muß zurückstecken

Die aktiven unter uns sagten allen Bescheid, versammelten sich mit den Nachbarn auf den Fluren und verteilten wieder Flugblätter und Plakate. Auf dieser Mieterversammlung wählten wir 8 Mieter, die für die technische Organisierung und Koordination verantwortlich sind. Wir erzählten uns, wie unerträglich die Zustände in den Wohnungen sind. *„Der SAGA gehts bloß darum, schnell und billig unsere Wohnungen zu modernisieren und damit die Preise in die Höhe zu treiben." „Denen ist es scheißegal, ob wir uns wohlfühlen oder nicht." „Auf dem Rücken des kleinen Mannes wollen die sich wieder bereichern, darum müssen wir hier alle zusammen beschließen, was wir jetzt tun!"*

- sofortige Rücknahme der Mieterhöhung, das war für uns alle klar;
- wir verhandeln erst über die tatsächliche Miethöhe, wenn alle Mängel zufriedenstellend (und das bestimmen wir) ausgeführt sind;
- Einblick in die Geschäftsbücher der SAGA, um zu sehen, was die mit unserem Geld machen.

Gemeinsam sind wir stärker als die SAGA

Nach der 2. Versammlung ist klar, daß die Mieter jetzt eindeutige Zusagen von der SAGA verlangen.

Mit einem dritten Flugblatt ziehen wir von Wohnung zu Wohnung, um die nächste Versammlung vorzubereiten.

Wichtig für uns ist auch, daß die Heizkosten nicht weiter erhöht werden und am Jahresende die dicke Rechnung fällig ist. Wir verteilen die Flugblätter auch in anderen SAGA-Blocks, auf die bald eine Erhöhung zukommt, und einige Mieter dort verständigen sich untereinander, gemeinsam zu kommen.

Am Donnerstagabend (4. 10.) erscheinen in kleinen Gruppen mehr als 70 Leute, viele sind zum ersten Mal bei einer Versammlung. Die SAGA-Vertreter werden wieder ziemlich hart angegriffen: in Nr. 27 funktioniert immer noch die Heizung nicht; in einer anderen Wohnung ist seit über 70 Stunden ein Rohrbruch, obwohl die Frau siebenmal die SAGA anrief, ist nicht passiert.

Sozialmieten – damit wir Überstunden machen? NEIN!

Die Modernisierung ist für uns schon deswegen keine, weil man die altersschwachen Heizkörper und Badewannen hätte sowieso ersetzen müssen. Auch die wiederholte Argumentation der SAGA, ihre Kosten wären gestiegen, zieht nicht mehr so richtig. Einige rechnen vor, wieviel Prozent vom Einkommen sie dann für die Miete aufwenden müssen. Über 30 %! Das heißt: Mehr Überstunden für uns, weil die tariflichen Lohnerhöhungen sowieso ewig hinterherhinken. Besonders empört hat viele die Unehrlichkeit der SAGA: Trotz vieler Versprechungen zieht sie immer noch über die Bank die erhöhte Miete ein; einige Rentner, die ihr Geld direkt beim SAGA-Büro einzahlen, müssen auch dort die ganze Mieterhöhung bezahlen.

Die Unzufriedenheit mit den Handwerkern überwiegt manchmal den Unmut über die Mieterhöhung. Obwohl diese sich zu Recht ja auch kein Bein ausreißen. Die SAGA muß schließlich zugestehen, daß innerhalb kürzester Zeit in Anwesenheit des Mieters die Schäden aufgenommen und ausgebessert werden, und daß die Mieterhöhung weiter auf den 1. 12. verschoben wird. Es ist auch durchgesickert, daß der Vorstand der SAGA plötzlich auf unseren Protest hin die Mieten „nur noch" um 1,60 DM/qm erhöhen will. Ansatzweise wird so deutlich, daß der genaue Mietpreis keine Kostenfrage oder ein juristisches Problem ist, sondern abhängig vom Kampf und der Kraft der Mieter selbst ist. Das hat sich auch in Hamburg-Barmbek gezeigt.



Weniger Miete – Für ein besseres Leben

Die Versammlung endet ziemlich abrupt, weil die SAGA-Leute und ein Mieter sich an dem „rüden Ton": *„Die 1,60 DM sind uns immer noch zu hoch"*, stoßen. Es ist nicht mehr möglich, unter uns Mietern selbst jetzt eine klare Einheit herzustellen über die Forderungen, die Kampfformen und organisatorischen Konsequenzen. Einige wollen sich „auf der Mitte" treffen (1,40 DM/qm Erhöhung), andere bestehen auf der Einhaltung der einmal vereinbarten 1,25 DM/qm, „denn wenn die SAGA sich jetzt verkalkuliert hat, ist das ihr Bier", aber irgendwo ist auch das Gespür dafür da, daß jede Mieterhöhung, ja sogar jede Miete, ungerechtfertigt ist sind: *„Wir haben die Wohnungen in den letzten vierzig Jahren schon dreimal abbezahlt! Jetzt holt sich die SAGA damit eine goldene Nase und finanziert davon wieder Neubauten mit hohen Mieten."*

Eine gewisse Unsicherheit besteht, wie es weitergehen soll. Die Drohung mit dem Gericht liegt in der Luft. Aber erste Ansätze zur Gemeinsamkeit bestehen: Viele Leute in der ganzen Straße reden miteinander, bieten sich gegenseitig Hilfe an und interessieren sich für das, was in anderen Stadtteilen gegen die Mieterhöhungen läuft.

Der Kampf um ein Kommiz in Fürth



leute eingehen müssen. es war falsch, schüler und lehrlinge am samstag vormittag, ihrem freien tag, zu einer demonstration aufzurufen.

es ist uns nicht gelungen, genügend leute aktiv in den kampf einzubeziehen. so blieb die vorbereitungsarbeit immer nur an einer kleinen gruppe von leuten hängen. es genügt nicht, lange plenumsdiskussionen anzubieten, sondern wir müssen versuchen, die leute mehr als bisher mit aktionen anzusprechen, die direkt ihre freizeitsituation betreffen und bei denen sie mitmachen können.



ärchen sitzt auf der straße. er lehrling den ganzen tag geschuftet und ist fer- ie schülerin – enttäuscht und gelang- „was mache wir jetzt?" wenigstens eierabend wollen sie über die enttäu- gen während des tages hinauskommen. kneipen, kinos, wo ein film blöder ist r andere, tanzschulen á la knigge ... nd nur geil auf geld! wie immer ist der im arsch.

das ist der anfang unseres straßenthea- las war auch der ausgangspunkt unseres es für ein jugendeigenes kommunika- entrum in fürth. vor anderthalb jahren. s in fürth hat es nämlich die stadt ver- der jugend ein jugendzentrum hinzu- wie in den nachbarstädten nürnberg langen, wo man so fortschrittliche ju- che integrieren konnte. wir dagegen n ein jugendzentrum, indem wir **unter erwaltung machen können, was wir**. aus unserem kampf haben wir ge- daß wir nichts erreichen können, wenn cht gegen die stadtbürokratie, die senvertretung von schickedanz, grun- d konsorten, denen halb fürth gehört, n.

beispiel dazu: das erste geeignete las wir fanden, ein leerstehendes fa- äude, wurde auf anordnung des stadt gerissen. begründung: ein parkplatz renovierte stadttheater ist wichtiger

dtrat, rück' ein kommiz raus, sonst n wir ein haus!" war unsere antwort wir veranstalteten im juni ein großes spielten sieben bands und unser thea- 00 leute kamen. diese große anzahl daß wirklich ein echtes bedürfnis be- arüber waren sich auch die leute auf t im klaren: ein großer teil kam auf hfolgende demonstration. „stadtrat rathaus raus, gebt es uns als jugend- ler stadtrat reagierte prompt und auf eise konsequent: man „versprach" hundehütte, einen ausrangierten, kindergarten. das bild spricht für

ordern dagegen ein richtiges kommiz nen das „großzügige" angebot ab. es hart auf hart geht, zeigt sich wer unsere interessen vertritt und egen nur karriere-geil ist. jusos, ju- und co-bürokraten schlagen sich auf s stadtrats, machen sich zu seinem r und versuchen, die initiative zu etwas besseres kann sich der stadt- wünschen.

die jusos versuchen uns mit ganz besonderen tricks zu überrumpeln; sie wollen einen „verein zur förderung des kommiz e.v." gründen, der dem stadtrat nicht widersprechen, sondern auf das lächerliche angebot des stadtrats eingehen will. zu ihrer ominösen gründungsversammlung hatten die juso-häuptlinge vertreter aller jugendgruppen eingeladen.

zum erstaunen der vier anwesenden jusobosse hatte sich eine unzahl weiterer gruppen aus ihrem schatten hervor aufgerafft (z.b. kulturmasochisten „moloch", musikgruppe ammerndorf mit sitz in fürth) und bereiteten den jusos eine bittere abstimmungsniederlage.

unser stil ist ganz anders. wir gründen keine vereinchen im hinterzimmer, sondern gehen auf die straße und sagen, wie es ist. so führten wir in einer aktionswoche auch unser straßentheater auf, von dem wir anfangs berichteten. jeden tag haben wir in einem anderen stadtteil die leute informiert, wie wir gegen die vorstandsbürokraten der jusos samt ihrem minihaus kämpfen müssen („ein tritt in den arsch!"). doch wir haben uns nicht nur feinde gemacht; die vielen türken in fürth fordern das haus, das uns der stadtrat unterjubeln will, als kindergarten, wofür es auch bestens geeignet wäre. spontan solidarisierten sich jetzt auf einer zweiten demonstration türkische arbeiter mit uns. gemeinsam forderten wir die „ottostraße für die türken" und für uns ein geeignetes haus.

aber wir waren mit knapp 250 mann immer noch viel zu wenig, obwohl doch die große aktionswoche vorangegangen war. wir haben daraus gelernt, daß wir mehr auf die

es ist wenig ergiebig, wie es bei der aktionswoche war, an den schulen und betrieben von außen mit flugblättern zu agitieren, vielmehr müssen wir schüler- und jugendvertreter und andere kontaktpersonen innerhalb dieser bereiche gewinnen.

UNSER KAMPF GEHT WEITER!

Initiativgruppe für ein jugendeigenes Kommunikationszentrum (I J K)

Kontaktadresse:

Chris Weise, 851 Fürth, Pfisterstraße 20, Tel. 73 27 74
Renée Kraft, 851 Fürth, Pfisterstraße 20, Tel. 72 08 09



Seit Oktober neu:

„Frauenzeitung – Frauen gemeinsam sind stark!"

Nr. 1 beschäftigt sich hauptsächlich mit § 218. Thema der nächsten Ausgabe: Autonome Frauengruppen? Die Zeitung ist über folgende Adressen zu beziehen:

- Frankfurt: Hilde Wackerhagen Fichardstr. 63
- Berlin: Vera Stefan Wilmersdorferstr. 81
- Heidelberg: Molli Hiesinger Kettengasse 11
- München: Susanne Kahn-Ackermann Mariannenstr. 5
- Darmstadt: Uli Herzog Mathildenstr. 53
- Göttingen: Hannelore Brüschke-Schröder, Stargarderweg 12
- Freiburg: Christine Faust, Terlanerstr. 4
- Köln: Claudia Pinl Peter Bauerstr. 18
- Marburg: Heidrun Suhr Deutschhausstr. 22
- Mainz: Diane Ketter Zeppelinstr. 25
- Bremen: Romian Schmitter Mathildenstr. 12A
- Düsseldorf: Lili Gritzmann Lichstr.60
- Bonn: Angelika Cipa Bonn-Duisdorf, Klosterstr. 17
- Bielefeld: Karin Klein Wittekindstr. 1a
- Erlangen: Gaby Franger Schlehenstr. 16
- Aachen: Angelika Loch Talweg 6
- Gießen: Ingrid Bäume Schiffenberger Weg 9
- Würzburg: Dorothee Meyer Am Grafeneckart 10





CHILE Interview mit Arbeiterräten

Die Zeitschrift CHILE HOY ging in die Betriebe und redete mit den Arbeitern und Genossen der Cordones Industriales. Das folgende Gespräch fand im CORDON O'HIGGINS statt:

Am 29. Juni 1973 machten die Faschisten in Chile den ersten Putschversuch; er brach schnell zusammen. Verstärkt begannen die Organe des Proletariats jetzt, sich auf einen neuen Putsch und den Bürgerkrieg vorzubereiten. Diese Aktivitäten erstreckten sich auf die Poblaciones (Armenviertel), Fabriken, Landgüter und Schulen. Die Comandos Comunales de Trabajadores (kommunale Arbeiterräte, auf kommunaler Ebene zusammenfassendes Organ aller Basisorganisationen), die Cordones Industriales (Arbeiterräte der Industriegürtel) und die Consejos Campesinos (Bauernräte) verwandelten sich in Hauptquartiere, von denen aus die Arbeiterklasse und das Volk die weiteren Schritte unternahmen.



Chile Hoy: Was habt Ihr am Freitag (29. Juni 1973, der erste Putschversuch) gemacht, als Ihr die Nachricht erfahren habt?
Antwort: Wir arbeiteten gerade. Um 9.15 Uhr wußten wir aber schon Bescheid. Die von uns gewählten führenden Genossen befanden sich in diesem Moment im Ministerium. Da wir aber der Meinung waren, daß wir auch ohne die Anwesenheit dieser Genossen etwas unternehmen könnten, hörten wir auf zu arbeiten, um dem Aufruf der Regierung zu folgen, uns in den Betrieben zu organisieren. Wir waren bereit, den Genossen Allende bis zu den letzten Konsequenzen zu verteidigen. Ich möchte auch etwas über die Militärs sagen. Es ist wahr, daß am Freitag ein Teil von ihnen die Regierung verteidigte, aber ich weiß ganz genau, daß die Streitkräfte dafür da sind, die Interessen der Bourgeoisie zu verteidigen, und niemand kann mir das ausreden, nicht einmal der Genosse Allende, auch nicht die Partei, zu der ich gehöre. So denke ich. Wir, die Arbeiter, müssen uns vorbereiten. Als wir zur Kundgebung gingen, kam es mir so vor, als ob der Genosse Allende kein Vertrauen zu uns Arbeitern hätte.
Chile Hoy: Und Ihr, die im Wirtschaftsministerium gewesen seid, was habt Ihr unternommen?
Antwort: Wir versuchten, schnell rauszukommen, weil sie die Türen geschlossen hatten.
Chile Hoy: Habt Ihr die Panzer vor der Moneda (Regierungssitz) gesehen?
Antwort: Klar, und die Kugeln von den Heckenschützen, die in den benachbarten Gebäuden postiert waren. Kugeln gehörten zur Tagesordnung.
Chile Hoy: Diese Heckenschützen, verteidigten sie die Regierung oder griffen sie sie an?
Antwort: Man hat mir zu verstehen gegeben, daß es Verschwörer waren, und es gab Zivile, die in den benachbarten Gebäuden postiert waren. Noch mehr. Es scheint, daß einige von ihnen im obersten Stockwerk des Wirtschaftsministeriums waren. Eine positive Sache, die ich im Wirtschaftsministerium beobachtete, war, daß die Leute in den Gängen erzählten: ‚Es ist besser, wenn wir von hier schnell verschwinden, weil man die Regierung stürzen will, und sicherlich werden die Arbeiter mit ihren Cordones kommen.' Die Cordones werden von den Leuten als eine solide Organisation angesehen, die die Arbeiter tatsächlich vertritt. Kaum waren wir draußen, begaben wir uns zum Betrieb und hielten eine Versammlung ab, um den Genossen zu erklären, um was es sich handelte. Mit der Information, die wir von den Cordones Industriales erhalten hatten, schickten wir einen Genossen zum Cordon O' Higgins. Die hatten sich mit der CUT in Yarur versammelt. Dort waren Figueroa und Calderon und man diskutierte die von den Arbeitern weiter zu verfolgende Taktik.
Chile Hoy: Was für einen Befehl bekamt Ihr vom Cordon?
Antwort: Daß wir am Nachmittag zu einer Kundgebung gehen sollten, falls es keine Gegenbefehle gäbe. Und außerdem, sich in den Betrieben aufzuhalten, Bewachungskomitees zu bilden, und die Betriebe, die noch nicht enteignet waren, zu besetzen. Wir hatten viele Versammlungen mit dem Cordon abgehalten und die Kontakte für eine Notlage sind schon hergestellt. Es gibt für diese Fälle eine Strategie, aber aus taktischen Gründen können wir keine Einzelheiten bekanntgeben.
Chile Hoy: War diese Situation für Euch unerwartet?
Antwort: Wir hatten nicht mit so etwas gerechnet.
Chile Hoy: Was glaubt Ihr, was Ihr nach dieser neuen Erfahrung in Zukunft machen müßt?
Antwort: Man muß sich stärker organisieren. Man muß die Waffen in die Hand nehmen und die Regierung verteidigen, egal mit welchen Mitteln. Und in Bezug auf die Militärs muß man vorsichtig sein, denn die Wahrheit ist, daß fast alle in einem Bettchen der Reichen geboren worden sind. Sie sind nicht wie unsereiner, der sich seine Zukunft erkämpfen muß. Sie verteidigen die Rechte ihrer Väter und aller Multimillionäre. Ich glaube, hier hat auch der CIA seine Hand im Spiel, und jetzt sehen wir, wie die Herren von „Vaterland und Freiheit" (Patria y Libertad) an die Tore klopfen, um aus dem Land zu fliehen. Ich glaube, sie haben gedacht, ein paar Militärs würden mitmachen, aber das hat sich nicht verwirklicht. Es gibt Spaltungen innerhalb des Militärs. Nicht alle hängen von ihren Ahnen ab. Es gibt ehrliche Militärs wie General Prats. Aber die Rechten haben versucht, ihn zu provozieren. Vergessen wir nicht: Wenn ein Kapitalist einen Arbeiter einstellen will, lächelt er ihn an, klopft ihm auf die Schulter und nennt ihn einen guten Arbeiter. Aber wenn er alt wird und aus ihm nichts mehr herauszuholen ist, dann entläßt er ihn. Genau dasselbe geschah mit General Prats. Die Zeitungen der Bourgeoisie lobten ihn, als er Innenminister wurde. Aber nachher, als sie merkten, daß er nicht das verteidigte, was sie wollten, beschimpften sie ihn, er sei ein Feigling und kein Mann und solle sich endlich die Hosen anziehen.
Anderer Arbeiter: *Ich glaube, daß dieser Prozeß, den wir in Chile erleben, erkennen läßt, daß ein Teil der Streitkräfte nicht bereit ist, sich an die Verfassung zu halten, dafür aber die Interessen der Privilegierten verteidigt. Aber wir finden es positiv, daß dieser Teil nun identifiziert ist, denn früher benutzten sie den ganzen militärischen Block, um ihn dem Block der Arbeiter gegenüberzustellen. Jetzt besteht die Möglichkeit, daß diejenigen, die die Verfassung achten, die Interessen und den Vormarsch der Arbeiter verteidigen. Das was jetzt geschehen ist, war seit langem vorauszusehen, weil die Rechte logischerweise ihre Privilegien verteidigen muß. Sie haben in kurzer Zeit vieles von dem, was sie besaßen, verloren. Deswegen wenden sie jetzt allerlei schmutzige Tricks an. Das wird nicht aufhören, das wird weitergehen. Deshalb müssen wir uns organisieren, nicht so sehr politisch, sondern als eine Masse von Arbeitern, eine Klasse, die gut repräsentiert, gut organisiert ist und ohne Sektierertum. Ich bin Angestellter, und Industriearbeiter wie Angestellte gehören beide zur Arbeiterklasse und werden in gleicher Weise ausge-*





beutet. Wir müssen eine Masse von Arbeitern sein, die fähig ist, ein gemeinsames Ziel anzustreben.

Chile Hoy: Wir sahen auf der Straße Plakate der Kommunistischen Jugendorganisation mit der Parole „Volk und Soldaten werden gemeinsam siegen". Was haltet Ihr davon?

Antwort: Ich finde diese Parole sehr treffend. Die Rechte sagte in ihrer Verzweiflung: ‚Jetzt werden wir sehen, mit wieviel Militär wir für den Putsch rechnen können.' Das war genau die Strategie der Rechten, glaube ich. Wir dagegen sind dieselben wie die einfachen Soldaten, alles gleich kleine Leute, wir haben nichts mit der High Society zu tun. Solange die Welt existiert wird man Arbeit und Kapital nicht vereinigen können.

Chile Hoy: Da gibt es zwei verschiedene Meinungen. Arbeiter, die überhaupt nicht mit dem Militär zusammengehen wollen, und andere Arbeiter, die versuchen, wenigstens einen Teil des Militärs für sich zu gewinnen. Auf welche Weise könnte man das Militär beeinflussen, so daß sich der größte Teil auf die Seite der Arbeiter stellt?

Antwort: Ich glaube dadurch, indem man versucht, den Bewußtseinsstand der Truppe zu verbessern, z. B. mit Plakaten wie dem von vorhin. Es gibt Leute, die merken müssen, daß auch sie zum Volk gehören, daß sie gemeinsam mit ihren Klassengenossen kämpfen sollten.

Chile Hoy: Glaubt Ihr, daß solche Leute z. B. durch die Kundgebung vom letzten Donnerstag (21. Juli) beeinflußt worden sind?

Antwort: Auf jeden Fall. Denn wenn sie auf seiten der Bourgeoisie kämpfen wollen, dann müssen sie sich klar darüber sein, daß sie gegen das Heer der Arbeiter kämpfen müssen. Hier liegt eine Erfolgschance der Arbeiter, nämlich zu zeigen, daß sie ihre Rechte konsequent zu verteidigen wissen, und zwar gut organisiert.

Chile Hoy: Was haltet ihr von Poder Popular, einer Parole, die inzwischen von allen Parteien für richtig erklärt worden ist? Wie stellt Ihr Euch diesen Poder Popular vor?

Antwort: Ich habe mit meinen Genossen oft über Poder Popular gesprochen. Ich bin Kommunist und reflektiere die Linie der Partei, die sagt, daß die Macht des Volkes überall zu vergrößern ist, aber in Einklang mit unserer Regierung. Für diese Art Poder Popular bin ich.

Anderer Arbeiter: *Ich glaube, daß es keine Revolution ohne Krieg gegeben hat. Man muß zu den Waffen greifen, sieh mal: China, Rußland, Kuba . . . Sollen wir eine Revolution mit Stöckchen machen in einer Zeit, wo der Mensch auf dem Mond gelandet ist? Wir sind doch nicht naiv!*

Chile Hoy: Und warum, meint Ihr, hat es Krieg gegeben?

Antwort: Weil die antagonistischen Klassen kämpfen müssen. Weil die Reichen sich das nicht wegnehmen lassen wollen, was sie dem Volk gestohlen haben. Sie haben mit aller Gewalt ihre Privilegien verteidigt und werden das auch weiterhin tun, solange die Welt so bleibt. Sowohl h[illegible] in Chile wie in Vietnam, wir alle müssen kämpfen, Genossen! Ich glaube, ein Bürgerkrieg ist unvermeidlich, und für diesen Fall muß man das Volk rüsten.

Chile Hoy: Zu[illegible] zu Poder Popular. Wie stellt Ihr Euch das vor? Glaubt Ihr, daß jetzt schon ein Keim dieser Macht existiert?

Für die Unternehmer waren die Bauern immer dumme Analfabeten, unfähig Verantwortung zu tragen.

Antwort: Klar. Ich verstehe unter Poder Popular, daß die Arbeiter an die Macht kommen. So gibt es hier z. B. ein Verwaltungskomitee. Früher wurden die Verwaltungsarbeiten vom Chef oder den Geschäftsführern gemacht, aber heute sind es schon die Genossen in der Regierung, die den Poder Popular schaffen. Wenigstens verstehe ich das so, obwohl ich mich irren kann. Daß sie die Mine El Teniente verstaatlicht haben, all das schafft Poder Popular. Ich bin ein Linker, Kommunist. Aber ich glaube, solange man die herrschende Klasse nicht vernichtet, wird die beherrschte Klasse nie eine Unidad Popular haben. Auch für mich ist der Krieg unvermeidlich. Ich sehe ihn kommen, seit „Chico" oben sitzt. Die herrschende Klasse wird nicht so einfach so abtreten, sie wird ihre Privilegien verteidigen.

Anderer Arbeiter: *Ich glaube, daß es in gewissem Sinn ganz gut klappt, obwohl nicht immer so, wie wir es wollen. Aber die Tatsache, daß Industrie und Grundbesitz in die Hände der Arbeiter übergegangen sind, ist schon ein Keim von Poder Popular. Die Cordones Industriales und die Comandos Comunales liegen auch auf dieser Linie. Und wir glauben, je mehr Organisationen des Poder Popular sich bilden, desto stärker werden die Arbeiter und damit auch die Regierung sein. Denn die Basis der Regierung sind wir Arbeiter, und es hat sich klar gezeigt, daß gerade jetzt, wo sich die Situation zuspitzt und das bürgerliche System in die Krise geraten ist, die Regierung und selbst die Führer der CUT, die nur selten Kontakt mit der Basis aufgenommen und zu den Versammlungen gekommen waren, sich jetzt überschlagen, um zu den Arbeitspl[illegible]n zu kommen und sich mit den Organen des Poder Popular in Verbindung zu setzen. Sie haben jetzt erkannt, daß dort die Macht ist und daß man auf die Arbeiter vertrauen kann. Deshalb glauben wir, daß wir d[illegible] Position der Regierung untermauern müssen, indem wir immer mehr Volksmacht bilden.*



Chile Hoy: Was glaubt Ihr, was ist die Reaktion der Arbeiter auf die Ereignisse vom Freitag? Haben sie dazu beigetragen, das Bewußtsein zu entwickeln?

Antwort: Am Freitag ist aller Welt klar geworden, welche Typen solche Situationen provozieren, und daher glaube ich, daß die Linke daraus gestärkt hervorgeht und den Arbeitern ein für alle mal die Augen geöffnet wurden, daß es schwierig sein wird, auf dem chilenischen Weg fortzufahren, diesem friedlichen Weg, und daß der Genosse Allende wahrscheinlich auf den Lenin-Friedenspreis wird verzichten müssen, nicht aus eigener Schuld, sondern wegen der Bedingungen, die eingetreten sind.

(Aus: Chile Hoy, Santiago de Chile, August 1973)

CHILE – unsre Pariser Kommune

Chile – ein Lehrstück. Für beide Seiten: für die Ausbeuterklasse und für uns, für die Proletarier der ganzen Welt. Beide haben daraus so ungeheuer viel zu lernen, daß es nicht übertrieben ist zu sagen, die Ereignisse in Chile sind für die Arbeiterbewegung heute ebenso wichtig wie die Erfahrung der Pariser Kommune im vorigen Jahrhundert: es geht um die Frage des revolutionären Prozesses in den kapitalistischen Ländern. Jedes Gespräch und jede Überlegung darüber ist jetzt um ein gutes Stück konkreter geworden, und alle Kräfte der Arbeiterbewegung müssen sich fragen, was für Konsequenzen sich für die gegenwärtige geschichtliche Phase ergeben. Daß auch die Gegenseite aus dem Beispiel Chile eine Menge gelernt hat und weiter lernen wird, gehört mit zu den Faktoren, mit denen wir rechnen müssen.

Die Ausgenützten in der ganzen Welt haben das verstanden: die Reaktionen auf den chilenischen Militärputsch unter den Proletariern der ganzen Welt – besonders in den Ländern wie Italien und Frankreich, die zweifellos am nächsten betroffen sind – haben gezeigt, daß Chile uns dringend und unmittelbar angeht; nicht nur, weil dort Arbeiter, Proletarier und Studenten, Obdachlose aus den Vororten und Bauern erschossen werden, sondern weil wir in derselben internationalen, weltweiten Konfrontation der sozialen Klassen stehen und jede Veränderung des Kräfteverhältnisses, jede historische Erfahrung, jeder Sieg und jede Niederlage sich weltweit auswirken – nicht umsonst hat der Kapitalismus die Welt vereinheitlicht.

Die erste und grundlegende Lehre und Bestätigung aus den Ereignissen in Chile ist zweifellos diese, daß die bewaffnete Gewalt die Auseinandersetzung zwischen den Klassen letztlich entscheidet, sobald es um die Macht (für uns also um die Revolution) geht. Dabei jedoch stehen zu bleiben und damit unfähig zu werden, die Vielfalt der Lehren und Probleme zu begreifen, die sich aus der chilenischen Erfahrung ergeben, wäre schematisch und politisch infantil. Es geht also darum, in der Arbeiterklasse der ganzen Welt einen Diskussionsprozeß über Chile einzuleiten – der bestimmt erst am Anfang steht – und daraus auch Folgen für das politische Handeln zu ziehen.

Bleiben wir noch einen Augenblick beim Hauptproblem: das ist die Frage nach der Gewalt, nach der Macht, die die Proletarier fähig sind, in den Händen der Bourgeoisie zu zerstören und zugleich – parallel dazu – auf der eigenen Seite aufzubauen. Die konservative chilenische Zeitschrift „Portada" schrieb dazu im September 1971: „Ist eine Revolution über Wahlen möglich? Mit einer bürgerlichen Presse? Mit einer ‚Klassen'-Justiz? Mit einem ‚pentagonisierten' Heer? Und die Antwort darauf ist selbstverständlich: freie, periodische und geheime Wahlen, eine freie Presse, eine unparteiische Justiz und ein Berufsheer sind unvereinbar mit der sogenannten proletarischen Diktatur, die von den Marxisten angestrebt wird." Deutlicher hätte man's kaum sagen können, wenn hier auch schamhaft verschwiegen wird, daß die Ausbeuterklasse ja nicht nur auf die „freien Institutionen" im eigenen Land zählen kann, sondern in jedem Fall auf die US-imperialistische Rückendeckung zählen kann, wenn's einmal im eigenen Land schief gehen sollte.

Jeder revolutionäre Prozeß steht also vor dem Problem der Zersetzung und Zerstörung des bürgerlichen Staates, seiner Institutionen und besonders seiner wichtigsten Repressionswerkzeuge (Polizei, Heer, Justiz, Verwaltung ...). Zerstörung – nicht „Aneignung" und Umfunktionierung, wie die Reformisten glauben möchten und in Chile ja auch meinten (der Generaldiktator Pinochet galt in den Augen Allendes als einer der Garanten für die Verfassungstreue des Heeres!). In ganz engem Zusammenhang damit steht das Problem des schrittweisen und diffusen Aufbaues proletarischer Gegenmacht – und die Frage nach der politischen und militärischen Bewaffnung. Es ist klar, daß kein bürgerlicher Staat es freiwillig zuläßt, daß die Massen sich bewaffnen oder Macht ausüben (und die Tatsache, daß – außer Kuba – alle revolutionären Erfahrungen der Nachkriegszeit von einer prekären Situation der bürgerlichen Staatsgewalt ihren Anfang nehmen, bestätigt das: Vietnam, China, Jugoslawien, Albanien usw.): um so wichtiger ist es, günstige Situationen auszunützen und die Schwächung der Unterdrückungsfähigkeit von seiten des Staates parallel mit dem Heranwachsen von proletarischer Gegenmacht, Organisationsformen und Bewaffnung gehen zu lassen.


Rechtsextremisten von „Vaterland und Freiheit"

DIE WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE MACHT IN HÄNDEN DER BOURGEOISIE

Räumen wir gleich ein mögliches Mißverständnis aus dem Weg: der Staatsstreich hat nicht der chilenischen Arbeiterklasse die Macht entrissen, denn die hat sie nie gehabt. Die wirtschaftliche und politische Macht war im wesentlichen in den Händen der Bourgeoisie geblieben, wenn sie auch vorübergehend das Recht zum „Regieren" verloren hatte (übrigens aufgrund von Wahlen nach bürgerlich-demokratischen Spielregeln!). Aber der Klassenkampf in Chile hatte – besonders im Laufe der letzten drei Jahre, begünstigt durch die Auswirkungen der Regierungstätigkeit der „Unidad Popular" – zweifellos ungeheure Fortschritte gemacht und die Frage nach der Macht bedrohlich ernsthaft auf die Tagesordnung gesetzt. Zwar noch nicht bis zu einer offen revolutionären Situation (dazu fehlten einige Bedingungen, wie wir sehen werden), sonst hätte das chilenische Proletariat die Initiative nicht der Bourgeoisie überlassen; aber doch so weit, daß offensichtlich die nationale und internationale Ausbeuterklasse beschließen mußte, militärisch einzugreifen, auch auf Kosten der völligen Entlarvung der bürgerlichen Klassenherrschaft als diktatorische und terroristische Herrschaftsform.



Solch günstige – vorrevolutionäre – Situationen wachsen nicht von selbst und bedürfen bestimmter Voraussetzungen, um sich entwickeln zu können: in diesem Sinn muß die Regierungszeit der Linkskoalition „Unidad popular" gewertet werden. Was chilenische Arbeiter über diese Regierung sagten, ist aufschlußreich: „Eine Scheißregierung – aber immerhin unsere." Daß Allendes Koalition kilometerweit hinter den Bedürfnissen der Massen zurückstand und immer wieder hemmend auf das Anwachsen der Klassenspannung einzuwirken suchte, steht außer Zweifel. Aber ebenso sicher ist es, daß unter keiner anderen bürgerlichen Regierung eine derartige Zunahme des Klassenkampfes, eine derartige Verbreitung von Waffen unter den Proletariern, eine derartige Entwicklung von politischen und organisatorischen Voraussetzungen für den revolutionären Prozeß und für die Machtergreifung des Proletariats möglich gewesen wäre. Nicht, weil die Regierung das wollte – bestimmt gingen die Massen weit über die Absichten der Regierung hinaus, z. B. in den Fabrikbesetzungen, Lohnforderungen, Errichtung von „cordones", Komitees usw. – sondern weil der Staat in den Händen der Linksparteien von zuvielen Widersprüchen durchzogen war, als daß er seine Klassenfunktionen reibungslos wahrnehmen hätte können.



Die politische Plattform der „Movimiento Izquierda Revolucionaria" (MIR) wußte das schon 1970, sofort nach Allendes Wahlsieg, zu werten: „Wir sind überzeugt, daß die herrschenden Klassen nicht freiwillig auf ihre Privilegien verzichten werden, und daß sich deshalb früher oder später der gewaltsame Zusammenstoß der Klassen ergeben wird; doch der Wahlsieg hat den Auseinandersetzungen und Kämpfen, die der Machtübernahme durch die Arbeiterklasse vorausgehen werden, Legalität und Ausbreitung über das ganze Land gesichert. Deshalb sind wir der Ansicht, daß der Wahlsieg einen ungeheuren Fortschritt im Kampf des Volkes um die Macht darstellt, und daß dadurch objektiv die Entwicklung eines revolutionären Wegs in Chile gefördert wird."

Es ist also notwendig, bei aller Klarsicht über die Rolle der Linkskoalition in Chile – die bestimmt keine revolutionäre Regierung darstellte – auch die objektiv günstigen Bedingungen zu sehen, die eine reformistische Regierung zu schaffen vermag, indem sie aufgrund der ihr eigenen Widersprüche das repressive Funktionieren des Staates beeinträchtigt bzw. dieser Beeinträchtigung von seiten der Massen keinen genügenden Widerstand entgegensetzen kann.



FLIRT MIT REVISIONISTEN?

Ebenso klar muß allerdings auch das Urteil über die Illusionen der chilenischen Revisionisten sein, KP an der Spitze (was um so schwerer wiegt, als es sich um eine typische Industriearbeiter-Partei handelt; die drittstärkste westliche KP). Daß die Wahlen das Recht, aber nicht die Macht zum Regieren verleihen, ist mindestens seit Marx auch theoretisch bekannt; daß die verfassungsmäßige Legalität nichts anderes ist, als eine der Formen, unter denen eine soziale Klasse ihre bereits durchgesetzte Macht über Gesellschaft und Staat ausübt, gehört zu den elementarsten Erfahrungen der Arbeiterbewegung seit jeher. Dagegen ist es geradezu unglaublich, wenn man sich auf das Recht gegen die Gewalt beruft (Allendes letzte Worte): ohne Gewalt kann sich das Recht auch nicht durchsetzen! Das Lehrstück Chile bestätigt, daß die Klassenversöhnungspolitik der Revisionisten aller Schattierungen einen eingefleischten Hang zum politischen Selbstmord hat: sich wehrlos der bürgerlichen Reaktion auszuliefern, den Massenkonsens als reines Druck- und Verhandlungsmittel auszuspielen, aber dann – sobald der Klassenkampf schärfer und unversöhnlicher wird – sich gegen die Massenbewegung zu stellen, abzuwiegeln und politisch und materiell abzurüsten.

Die Kräfte, die sich in Chile und in der ganzen Welt am meisten mit Allendes Regierung identifizieren (die prosowjetischen Kommunistischen Parteien, vor allem KPI und KPF), ziehen auf ihre Weise die Konsequenzen aus den blutigen Ereignissen: die Linksregierung, sagen sie, habe schließlich auch gewisse Fehler gemacht, eine ungute Radikalisierung nicht zu verhindern gewußt und vor allem es versäumt, den Mittelstand auf die eigene Seite zu bringen. Im Klartext heißt das: wenn es gelungen wäre, sich in Chile mit den Christdemokraten abzuspre-

chen (und die revolutionären Kräfte auszuschalten), wäre es nicht so weit gekommen usw. usw. Schöne Weisheit: um den friedlichen Übergang zum Sozialismus zu gewährleisten, soll der Klassenfeind auch mitspielen und freiwillig auf seine Macht verzichten.

Das Proletariat und die anderen unterdrückten Schichten sollen in der Durchsetzung ihrer materiellen und politischen Bedürfnisse *nicht* die Interessen den Mittelschichten bedrohen.



Oder, anders ausgedrückt: das Proletariat und die anderen ausgebeuteten und unterdrückten Schichten (Bauern, Arbeitslose, Subproletarier im allgemeinen) sollen in der Durchsetzung ihrer materiellen und politischen Bedürfnisse nur so weit gehen, als dadurch die Interessen der Mittelschichten nicht bedroht sind. Dabei wird hübsch einiges „vergessen", unter anderem, daß erstens ein sozial und politisch einheitlicher Mittelstand gar nicht existiert (die Interessen der Kleinhändler, Kleinbauern usw. sind ansich nicht unbedingt gleichlaufend mit denen der Besitzer von Transportfirmen, derÄrzte usw., die sich als Sturmtruppen der aggressiven Bourgeoisie erwiesen haben); zweitens ein beträchtlicher Teil des Mittelstandes in Chile durch derart vielfältige Arten materiell und politisch an die D. C. gebunden war, daß sie nur über ein Bündnis mit der D. C. zu gewinnen gewesen wären – was dieses Bündnis aber bedeutet hätte, ist klar.

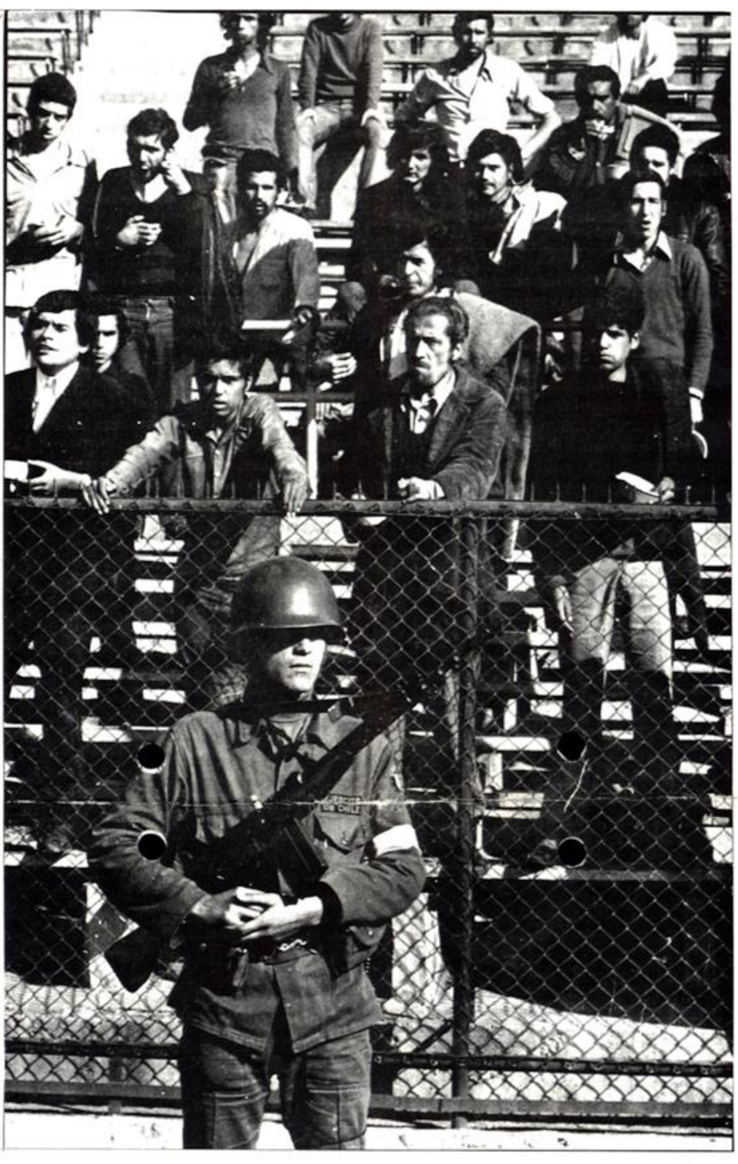
Wieder einmal hat sich gezeigt, daß die proletarische Politik gegenüber den Mittelschichten heute (in einer Zeit des zunehmenden Verschwindens einer eigenständigen materiellen Grundlage dieser Schichten) nur darauf abzielen kann, eine Spaltung in sie hineinzutragen: ein Teil kann sich aus ideologischen (siehe radikalisierte Kleinbürger, Freiberufler usw.) oder materiellen Gründen der politischen Vorherrschaft des Proletariats anschließen, während ein anderer Teil so eng an die Interessen des besitzenden Großbürgertums gekettet ist, daß von daher in keinem Fall politische Solidarität zu erwarten ist; also muß im revolutionären Prozeß gegenüber diesen Schichten offenbar proletarische Gewalt und Zwang angewendet werden. (Die Diktatur des Proletariats ist kein Schlagwort, sondern eine politische Notwendigkeit.)

Überhaupt muß hervorgehoben werden, wie eng das Fortschreiten einer revolutionären Entwicklung mit der Verunsicherung und Spaltung nicht nur der Zwischenschichten, sondern vor allem der bürgerlichen Institutionen und des Staatsapparates zusammenhängt: allen voran des Heers, demgegenüber offensichtlich die schwerwiegendste Fehleinschätzung von seiten sämtlicher Linkskräfte in Chile vorlag. Denn die Zerschlagung der kapitalistischen Staatsmacht kann nicht gelingen, solange die bewaffneten Organisationen des Staates (Polizei, Heer u. ä.) kompakt auf der Seite der herrschenden Klasse stehen oder jedenfalls nur unwesentliche innere Widersprüche aufweisen. In Chile wußte die Gegenseite diese Lehre besser anzuwenden.



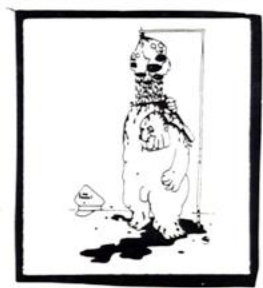
Im Mittelpunkt der ganzen Entwicklung zur faschistischen Militärdiktatur in Chile steht die christlich-demokratische Partei des Landes. Diese Partei war seit Jahren von den USA (daher democraCIA cristiana) mit Hilfe besonders der italienischen und bundesdeutschen Christdemokraten zur bürgerlichen Musterpartei des Kontinents aufgebaut worden: eine Partei mit relativ differenzierter sozialer Basis, zusammengehalten durch die Bindung an die imperialistischen Interessen der USA und einiger europäischer Staaten (BRD und Italien z. B.) und eine „Versorgungspolitik" gegenüber Kleinbürgern und Lumpenproletariern; dazu als wesentlicher Kitt eine christlich-„soziale" Ideologie mit mehr oder weniger deutlichen Schwankungen von ständestaatlichen Vorstellungen bis zum halblinken „desarrolismo" (der Ideologie vom Aufschwung aus der wirtschaftlichen Unterentwicklung innerhalb des kapitalistischen Systems und durch „Wirtschaftshilfe" usw.). Wer heute noch behauptet, wie es besonders in den ersten Tagen nach dem Putsch dieKommunistischen Parteien versuchten, die D. C. sei letztlich vom Militärputsch überrannt worden, und wer heute noch auf eine Distanzierung der chilenischen D. C. vom Militärterror wartet, betreibt gröblichste Verfälschung: es liegen nunmehr in großer Anzahl eindeutige Beweise für eine Tatsache vor, die politisch sofort schon klar war, daß nämlich die D. C. die eigentliche Auftraggeberin des Militärputsches war. Am Vortag des 11. September fand die letzte entscheidende Sitzung dieser Partei statt, um auch den Mittelbau der Partei zu informieren und miteinzubeziehen. Die zentrale Rolle der chilenischen D. C., ihre feste, organische Verbindung mit den europäischen Schwesterparteien, ihr Verhalten vor und nach dem 11. September – all dies muß ebenfalls in dem Mittelpunkt der Überlegungen und Mobilisierungen über Chile stehen (in den Ländern besonders, in denen sich die KP als mögliche Koalitionspartei anbietet) und die Mittäter bei uns zur Zielscheibe der Anklage und des Protestes machen. Noch einmal – diesmal deutlicher als je sonst in der Nachkriegszeit – hat sich der enge Zusammenhang und bruchlose Übergang zwischen diesen vorbildlichen bürgerlichen Sammelparteien und dem offenen Faschismus gezeigt; wenn der „neue Faschismus" – der autoritäre Staat der zwangsweisen Klassen„versöhnung" in normalen Zeiten, der offen faschistische Staat in Zeiten des akuten Klassenkampfes – auch bei uns vor allem in diesen Parteien identifiziert und angegriffen wird, so ist das jetzt, nach dem chilenischen 11. September, keine etwa diskutable „politische Intuition" mehr.

Die Rolle dieser christlich-demokratischen bürgerlichen Musterparteien so herauszustreichen (und ihnen gegenüber die erklärt faschistischen Organisationen wie „patria y libertad" in Chile als Hilfstruppen anzusehen, denen bestimmte untergeordnete, politisch unangenehme Sonderaufgaben zufallen), soll nicht heißen, die Rolle des US–Imperialismus und anderer internationaler kapitalistischer Verbindungen zu unterschätzen: sind sie doch, unter anderem, das tragende Rückgrat eben dieser bürgerlichen Parteien. Die chilenische Erfahrung und die vorläufige Niederlage der revolutionären Entwicklung beweist nur noch einmal, wie eng heute der revolutionäre Prozeß (und die Konterrevolution) international zusammenhängt: und das gilt nicht nur für den unzweifelhaften Rückschlag auf ganz Lateinamerika, sondern überhaupt für die Beziehungen zwischen den Klassen auf Weltebene. Immer schwerer wird es für den Kapitalismus, die Bedingungen für eine relativ „friedliche" Ausbeutung zu schaffen und zu erhalten; immer offener „muß" zur Erhaltung und Sicherung des Profits und der politischen Herrschaft zur brutalen – nicht mehr formaldemokratischen – Herrschaft gegriffen werden. Das soll nicht heißen, daß die Brutalität dieser Unterdrückung ansich den revolutionären Prozeß befördert oder beschleunigt, im Gegenteil: nur werden die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse international und national, in den verschiedenen Ländern verschärft und zugleich wächst unter den Ausgebeuteten stärker die Überzeugung von der Notwendigkeit einer starken revolutionären Organisation, um diese Situation umzuwerfen und zu verändern: alles das trägt zur Schaffung revolutionärer Voraussetzungen bei (die in Chile noch unzureichend waren).





Anti-Allende-Demonstranten



Bewaffneter Widerstand

Über den bewaffneten Widerstand in Chile weiß man noch recht wenig: nach einer ersten Phase des gewaltsamen und offenen Zusammenpralls – der massenhafte Opfer unter den Revolutionären gekostet hat – ist nun eine zweite Phase der organisierten Untergrundarbeit und militärischen Vorbereitung in Gang. Wahrscheinlich ist an einen kurzfristigen Sieg nicht zu denken – die zunehmende militärische und politische Radikalisierung der Junta ist soweit gegangen, daß wohl auch kaum an eine kurzfristige Wiederherstellung „christdemokratischer" Verhältnisse zu denken ist, eher dürfte sich ein Herrschaftsmodell à la Brasilien (das imperialistische Standard-Modell für Lateinamerika) herausentwickeln. Gerade in einer solchen Situation ist es wichtig, mit allen Mitteln dazu beizutragen, Solidarität mit dem bewaffneten Widerstand auszudrücken, die Militärregierung zu isolieren und – vor allem, als Aufgabe der revolutionären Kräfte – den antifaschistischen Befreiungskampf zum revolutionären Klassenkampf zu entwickeln. Bestimmt muß sich innerhalb der proletarischen Kräfte in Chile jetzt eine Klärung und Standortbestimmung ergeben: während die Bewegung der revolutionären Linken MIR eindeutig für den bewaffneten Kampf Stellung genommen und dazu auch schon in „Friedenszeiten" eine Reihe von Voraussetzungen geschaffen hat, wodurch andere Linkskräfte (MAPU, IC, Linkssozialisten usw.) beeinflußt und miteinbezogen werden, hat sich die chilenische KP bisher nicht für den bewaffneten Widerstand ausgesprochen, was auch durchaus in der Linie der Politik der UdSSR liegt. Allerdings wird diese Partei zunehmend mit den Widersprüchen in den eigenen Reihen rechnen müssen: zahlreiche KP-Genossen haben schon seit Oktober 1972 in Basisorganisationen wie „cordones" u. ä. mitgearbeitet.

„Lotta continua" hat angesichts dieser Situation sofort nach dem Putsch die Losung ausgegeben: „Waffen für MIR." Wir wollten damit wesentlich ausdrücken, daß wir nicht einfach für die Wiederherstellung der „Verfassungstreue" oder für das Wiederaufleben der „Unidad Popular" eintreten wollen, sondern für den bewaffneten Widerstand, der mit dem revolutionären Kampf zur Zerstörung des bürgerlichen Staates zusammenfällt; und daß wir in der bisherigen Politik der MIR die besten Voraussetzungen sehen, die derzeit innerhalb der chilenischen Linken für eine politische und militärische Vereinheitlichung und Herausbildung einer klaren revolutionären Avantgarde bestehen. Damit soll nicht gesagt sein, daß MIR die einzige oder ausschließliche Kraft in diesem revolutionären Prozeß ist, und – auf die Dauer – vielleicht nicht einmal die wichtigste und entscheidende Kraft; heute aber sehen wir darin den bedeutendsten und fortgeschrittensten Ansatz dafür, daß diese Ziele Wirklichkeit werden und siegen. Deshalb halten wir es für richtig, diese Losung gegen alle verwässernden, zweideutigen oder opportunistischen Parolen auszugeben.



Entsprechend hat sich „Lotta contunia" in Italien engagiert, unter Arbeitern, Studenten, Basisgenossen der Linksparteien und -organisationen usw. Geld für diesen Zweck zu sammeln, und der bisherige Erfolg (60 Millionen Lire in drei Wochen) hat uns darin bestätigt.

Ebenso wichtig aber scheint es uns, die politische Diskussion über die chilenischen Erfahrungen unter allen Proletariern und Revolutionären intensiv zu führen, da wir von der überragenden Wichtigkeit dieser Ereignisse überzeugt sind (besonders in Ländern wie Italien und Frankreich, wo starke „kommunistische" Parteien existieren, die ihrerseits natürlich auch Konsequenzen aus Chile ziehen).

Lotta continua





Genossinnen und Genossen!
In dieser Zeitung hagelt's nur so Streik- und sonstige Kampfberichte. Viele finden diese Jubelei zum Kotzen. Die Zeitung ist bisher eben nur ein Blättchen – und kein Instrument, mit dem Gruppen und einzelne Genossen arbeiten könnten. Das muß anders werden: weniger Berichte – mehr Diskussionen!
Ein erster Schritt: schreibt uns, was ihr beschissen findet. Und schreibt über eure eigene Arbeit!
WIR WOLLEN ALLES DRUCKEN!!!



Der Streik ist beendet

Kollegen der Hella-Werke,
unser Kampfgeist gegen Unterdrückung und Ausbeutung im Betrieb muß erhalten bleiben. Und er muß erhalten bleiben, weil wir uns – mehr oder weniger – immer noch in der gleichen Situation befinden. Die mächtige Hella setzt ihre Ausbeutung fort und will uns weismachen, wir hätten eine Lohnerhöhung von 40 Pfg. erhalten, während in Wirklichkeit für die meisten von uns die reale Lohnerhöhung nur 29 Pfg. beträgt. Zum anderen können wir unseren Kampf nicht nur auf ökonomische Forderungen nach mehr Lohn beschränken; wir müssen ihn ausdehnen auf alle Bereiche, die uns betreffen:
– bessere Löhne
– bessere Lebensbedingungen
– bessere Arbeitsbedingungen.
Wenn der Streik für uns teilweise ein Erfolg war, dann haben wir das nur unserer Stärke und uns selbst zu verdanken! und sonst niemand! Warum Kollegen?
Hat uns die Gewerkschaft unterstützt? NEIN!
Hat uns der Betriebsrat unterstützt? NEIN!
Hat uns der Generalsekretär für Arbeitsangelegenheiten aus Bonn unterstützt? NEIN!

Kollegen, aus alledem haben wir eins gelernt, nämlich daß **wir gemeinsam** etwas erreichen können – **vereint und organisiert** werden wir noch viel stärker sein!

Deshalb haben sich einige Kollegen, die die Ausbeutung satt haben und auch dagegen kämpfen werden, zusammengeschlossen zu einem **MULTINATIONALEN KOMITEE**. Wir sind Griechen, Deutsche, Spanier und Italiener; aber unabhängig von unserer Nationalität sind wir alle Arbeiter und wir alle haben die gleichen Probleme – oder läuft das Band für einen Griechen etwa schneller als für einen Deutschen? Wir werden der Betriebsleitung nicht die Freude machen und uns wegen verschiedener Haar- oder Augenfarbe spalten lassen. Wir müssen und werden eine gemeinsame Kampffront gegen unsere Ausbeuter aufbauen.

Dieses Komitee, zusammengesetzt aus Arbeitern der Hella-Werke, die sich um eine Plattform gesammelt haben, wird unsere unabhängige Organisation sein, mit der wir gemeinsam für unsere gemeinsamen Interessen kämpfen werden. Die Plattform, auf die wir uns geeinigt haben, sieht so aus:

1. **Löhne**: Wir wollen eine progressive Lohnerhöhung, bei der die Verteuerung des Lebens berücksichtigt wird. – Von 600 Mark kann keiner leben! Für einen Minimallohn von 1 500 Mark monatlich! – Erhöhung des Vorschusses für die neu ankommenden Arbeiter von 80 auf 200 DM!
2. **Lebensbedingungen**: Für die, die in den Baracken leben, müssen Wohnungen für Menschen her und keine Ställe für Tiere! Nieder mit den Drahtzäunen, die die Baracken zu Konzentrationslagern machen! Reduzierung der horrenden Mieten für die Räume auf maximal 5 DM pro qm! Einrichtung von Räumen, um Besuch empfangen zu können! Einrichtung einer öffentlichen Telefonzelle in den Baracken! Einrichtung einer ständigen Versorgungsstelle mit Medikamenten! Weg mit dem Wucher der privaten Händler in den Baracken!
3. **Arbeitsbedingungen**: Herabsetzung der Bandgeschwindigkeit, Verminderung der Arbeitshetzte! Die Akkorde sind unmöglich zu halten! Einarbeitung der Kollegen, die neu kommen! Und zwar einen ganzen Monat, damit sie ihre Arbeit kennenlernen und dadurch und durch weniger Hetze weniger Arbeitsunfälle entstehen.
4. **Betriebsrat:** Für eine effektive Vertretung aller ausländischen Kollegen im Betriebsrat! **Wir brauchen einen Betriebsrat, der unsere Interessen vertritt und nicht die des Kapitalisten!**

Arbeiter der Hella-Werke! Verteidigen wir vereint unsere Interessen! Gegen die Ausbeutung der Bosse die unerschütterliche Einheit der Arbeiter! Schließen wir uns zusammen im multinationalen Betriebskomitee!

Multinationales Komitee von Lippstadt
V. i. P.: Hella Lippe, Soest, Jakobistr. 14 a

der Kampf geht weiter

Der große Bluff

Daimler-Benz Stuttgart

Jetzt wissen wir, wie es um Weihnachtsgeld, Sondervergütung, 400,– DM Vorschuß und 312,– DM Vermögensbildung bestellt ist.

Das Ziel und der Wunsch aller Kollegen, die 400,– DM Vorschuß vom Juli als Teuerungszulage abzusichern, ist nicht erreicht worden.

100,– DM Sondervergütung und einen einmaligen Extrabonus von 150,– DM erhalten wir mehr – und von allem werden dann die 400,– DM wieder abgezogen.

Die 312,– DM von 1971/72 und alle anderen Posten wie Weihnachtsgeld, Treue-, Frauen- und Kinderzuschlag bleiben für alle Beschäftigten wie gehabt. Wir schließen also 1973, Teuerungszulage und Weihnachtszulagen zusammengezählt, mit einem Plus von 250,– DM brutto, 160,– bis 180,– DM netto ab. Das ist weniger, als Belegschaften anderer Betriebe erreicht haben.

Wir kommen nicht umhin, der Geschäftsleitung zu bescheinigen, daß sie mit ihrer Taktik gut für ihre Interessen gestritten und es verstanden hat, die Verhandlungskommission des Betriebsrates einzuwickeln.

Als nämlich im Juni die Unzufriedenheit der Belegschaft über die starke Teuerung und den niedrigen Lohnabschluß ein für die Geschäftsleitung bedenkliches Ausmaß annahm, konnte ihr nichts besseres einfallen, als 400,– DM Vorschuß anzubieten.

Der Betriebsrat nahm den Vorschuß als „erste Hilfe" an. Der Plan der Geschäftsleitung ging auf: Die Unzufriedenheit legte sich; man hatte in **den** Wochen Ruhe, wo andere Geschäftsleitungen Unruhe hatten; die Hoffnung der Kollegen, daß die 400,– DM Vorschuß bei den Weihnachtsgeldverhandlungen als Teuerungszulage anerkannt würden, hielt sich. Den Bedenken der Betriebsräte Hoss, Mühleisen und D' Andrea wurde in der damaligen Sitzung des Betriebsrates kein Gehör geschenkt. Sie wollten, daß der Betriebsrat dem Verlangen nach echter Teuerungszulage mit einer schriftlichen Entschließung an die Geschäftsleitung Nachdruck verleiht. Die anderen Betriebsräte waren aber mit dem Erfolg eines Vorschusses erst einmal zufrieden und nicht bereit, der Geschäftsleitung einen energischen Brief zu schreiben, der auch den Vertrauensleuten und der Belegschaft mitgeteilt werden sollte.

Damit ging die Taktik Dr. Schleyers auf, keine feste Zusage machen zu brauchen, alles vor sich herzuschieben und einen günstigeren Verhandlungszeitpunkt zu erreichen. Sogar die Zusage, wie 1971/72 die 312,– DM Vermögensbildung wieder zu zahlen, wurde hinausgezögert.

So kam jetzt alles auf einmal auf den Tisch. Hinzu kommen die Lohnrahmentarifverhandlungen in Nordwürttemberg, die zentralen Verhandlungen der IG Metall mit den Metallarbeitgebern und die Nähe des jetzt auslaufenden Lohntarifs.

Die Verhandlungskommission des Gesamtbetriebsrates hat sich durch ihr Zögern selbst in eine Position gebracht, die da Ergebnis schlechter ausfallen ließ, als es alle Kollegen erwartet haben. Sie ließ sich auch durch solche Bluffs einschläfern, daß die Geschäftsleitung allen Kollegen, die während der Sommermonate gekündigt hatten, in der Abschlußabrechnung die 400,– DM Vorschuß nicht abziehen ließ. Zwei dieser Kollegen haben sich vorher im Lohnbüro danach erkundigt und bestätigt erhalten, daß sie den Vorschuß nicht abgezogen bekommen. Es kann also niemand sagen, es sei irrtümlich geschehen. Dahinter steckte System. Man wollte einfach Zeit gewinnen, bis sich die allgemeine Unruhe in der Metallindustrie gelegt hatte. Das gelang auch. Dr. Schleyer war wieder in der besseren Position.

Einige Betriebsräte versuchen nun, das Resultat als „hervorragendes Ergebnis" zu verkaufen (Kollege Weingärtner und Häbich in der Vertrauensmännersitzung). Sie wollen nicht eingestehen, daß sie auf den Bluff hereingefallen sind. Obwohl wir statt früher sieben hauptamtlicher Betriebsräte seit anderthalb Jahren zwanzig freigestellte Betriebsräte haben, ist unsere Interessenvertretung eher schlechter als besser geworden. Sie übersehen die einfache Tatsache: Gemessen am Geschäftsjahr 1972 und an der Spitzenstellung der DBAG auch im ersten Halbjahr 1973, gemessen an den enormen Anforderungen, die an die Belegschaft gestellt werden, mußte für die Belegschaft mehr herausgeholt werden.

Jetzt sind wir mitten in der Auseinandersetzung um den Lohnrahmentarif und die Kündigung des Lohntarifs steht unmittelbar bevor. Es bleibt uns kein anderer Weg, als in den nächsten Wochen das zu holen, was wir brauchen, um einen unserer Leistung entsprechenden Lebensstandard zu halten und auszubauen.

‚plakat'-Betriebszeitung für die Kollegen bei Daimler-Benz, hrsg. von sozialistischen Kollegen bei Daimler-Benz Stuttgart



IMPRESSUM
WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich. Einzelpreis ist DM 1,00 – Abo für 12 Nr. inkl. Versandkosten DM 12,00. Der Versand wird nach Eingang des Geldes aufgenommen. Konto: Wir wollen alles, Gaiganz.Postscheckamt Nürnberg Nr.4684-852. Presserechtlich verantwortlich: Gisela Erler, 8 München, Josephsburger Straße 16.
Druck, Verlag: Politladen Erlangen.

Rot wird die Saar ha, ha!

Der nachfolgende Bericht hat nach unserer Vorstellung zwei Funktionen: Zum ersten soll er über die jüngsten Arbeitskämpfe in der saarländischen Stahlindustrie berichten, zum zweiten soll er einen Eindruck über die Arbeit unserer Gruppe vermitteln. Im Augenblick können wir keine Einschätzung der Bedeutung der Streiks leisten. Auch können wir nicht beurteilen, inwieweit unsere Arbeit des Informationstransportes zwischen den Stahlwerken irgendeine Rolle gespielt hat.

Im Saarland gibt es drei große Stahlwerke, das „Neunkircher Eisenwerk" (7 000 Arbeiter) und die Stahlwerke „Röchling-Burbach" mit einem Werk in Völklingen (16 000 Arbeiter) und einem Werk in Saarbrücken-Burbach (6 000 Arbeiter). Unsere Arbeit beschränkte sich bis zum Herbst dieses Jahres auf das Stahlwerk in Völklingen.

Donnerstag in Neunkirchen

Am Donnerstag, 11. 10. 1973, erfahren wir aus dem Werk Burbach vom spontanen Streik in Neunkirchen. In Burbach ist zu diesem Zeitpunkt auch schon von Streik die Rede. Uns trifft die Nachricht vollkommen überraschend. Wir haben anscheinend einen beliebten Spruch saarländischer Arbeiter verinnerlicht: „Die an der Ruhr streiken für uns mit, mit uns hier können sie ja machen, was sie wollen."

Solange wir Betriebsarbeit machen, war im ganzen Saarland nichts Vergleichbares passiert. Wir drehen uns zuerst dreimal leer um die eigene Achse, bevor wir wieder Boden unter die Füße bekommen. Es geht uns zunächst darum, konkrete Informationen aus Neunkirchen zu bekommen, um die Arbeiter in Völklingen und Burbach zu informieren. Auf Grund dessen, wie wir bisher in Völklingen gearbeitet haben (Einzelkontakte zu Arbeitern) suchen wir verzweifelt nach Leuten, die wir schon kennen und die in Neunkirchen arbeiten. An diesem Nachmittag ist von diesen Leuten niemand zu erreichen, deshalb bleibt uns nichts anderes übrig, als direkt nach Neunkirchen zu fahren. Ein Teil der Gruppe fährt nach Burbach und Völklingen, um herauszufinden, was dort los ist. Dort haben wir feste Kontakte zu Arbeitern.

Unsre Erfahrungen in Neunkirchen

In Neunkirchen sind die Kneipen voll von streikenden Arbeitern. Zwei Genossinnen und ein Genosse machen den Fehler, zusammen in eine Kneipe zu gehen. Sie werden von den Arbeitern mit dem Ausruf: „Die Linksradikalen kommen" begrüßt. Trotzdem ist es ziemlich schnell möglich, ins Gespräch zu kommen. Die Genossinnen erklären den Arbeitern, daß sie an der Betriebszeitung „Rote Fahne" mitarbeiten und deshalb Informationen sammeln, um die Arbeiter in Völklingen und Burbach zu informieren. Aufgrund des Namens „Rote Fahne" kommt es zur Verwechslung mit dem Zentralorgan des KABD – auch „Rote Fahne" – das die ML-Genossen in Neunkirchen zum Verkauf anbieten. Die Arbeiter meinen: „Wenn Ihr die Zeitung verkauft, verkaufen wir Euch die Informationen." Das Mißverständnis läßt sich leicht klären. Sie finden es gut, daß wir in Völklingen und in Burbach über den Streik berichten wollen. Dahinter steht die Hoffnung, daß die anderen Hüttenarbeiter wegen der gleichen Forderung in den Streik treten. Inzwischen sind andere Genossen allein unterwegs; sie haben keine Schwierigkeiten, mit den Arbeitern ins Gespräch zu kommen. Unsere Befürchtung, die streikenden Arbeiter könnten etwas gegen plötzlich auftauchende Studenten haben, traf nicht zu. Zusammenfassend ergibt sich bis zu diesem Zeitpunkt folgender Streikverlauf in Neunkirchen:

Vorgeschichte des Streiks

Am Dienstag in der Nachtschicht geht's los. Es gibt einen Warnstreik von drei Stunden im Thomasstahlwerk. Die Forderungen sind:

- Fünfzig Pfennig mehr pro Stunde oder Fortzahlung der Teuerungszulage von monatlich 70 DM für die Monate Oktober bis Dezember zusammen 210 DM!
- Außerdem die volle Bezahlung des Fahrgeldes!

Die Arbeiter meinen dazu: Schließlich ist das Leben in den letzten drei Monaten des Jahres genauso teuer wie in den vergangenen vier Monaten, für die die Teuerungszulage bezahlt wurde.

Sie haben die Schnauze noch voll vom Sommer, da lief die Produktion bei 90 Grad im Thomasstahlwerk auf Hochtouren. Nach der Hitze des Sommers schickte ihnen die Geschäftsleitung die Stopper auf den Hals, außerdem sollte ihnen die halbe Stunde für den Weg in die Waschräume und die Zeit zum Duschen vom Lohn abgezogen werden. Am Dienstag setzten die Arbeiter der Unternehmensleitung eine Frist von 18 Stunden für die Erfüllung ihrer Forderungen.

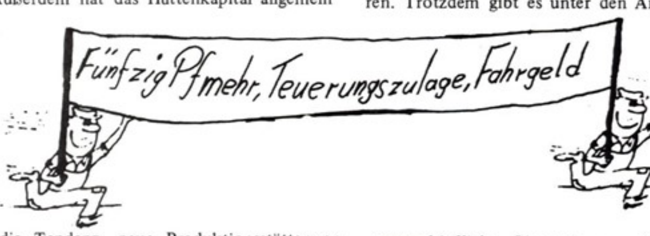
Mittwoch auf der Nachtschicht ist die Frist abgelaufen. Eine Gruppe Arbeiter aus dem Thomasstahlwerk geht zur Geschäftsleitung. Sie wollen eine Antwort auf ihre Forderungen. Die Antwort ist: Sie fliegen raus. Die harte Haltung der Geschäftsleitung hängt damit zusammen, daß sie erst seit drei Monaten im Amt ist. Deshalb können die Kapitalhandlanger die Kampfbereitschaft der Arbeiter nicht einschätzen.

Im September '69 waren es auch die Neunkircher Arbeiter, die spontan in den Streik traten und im Mai dieses Jahres verhindern sie durch einen sechsstündigen Streik die Einführung des Vier-Schichten-Systems. Die Geschäftsleitung wurde ausgewechselt, um geplante Stillegungen reibungsloser in Angriff nehmen zu können. Bis 1977 soll in Neunkirchen die Flüssigstahlphase (Hochöfen, Thomasstahlwerk) abgeschafft werden und durch Elektrostahlerzeugung ersetzt werden. Diese Umstellung hängt unter anderem damit zusammen, daß das Neunkircher Eisenwerk der größte Automatenstahlhersteller Europas ist. Elektrostahl ist für die Herstellung von Automatenstahl geeigneter. Außerdem hat das Hüttenkapital allgemein die Tendenz, neue Produktionsstätten an den Küsten Europas aufzubauen. Otto Wolf von Amerongen (50 %iger Kapitaleigner des NE) meint dazu: „Wenn ich eine Rohstahlerzeugung selbst finanzieren muß, dann bau ich sie nicht an der Saar." Die Stillegung der Flüssigstahlphase hat die Entlassung von 3 000 bis 4 000 Arbeitern zur Folge. Um spektakuläre Massenentlassungen zu vermeiden, wird schon jetzt mit 600 Mann Unterbesetzung produziert. Für den Raum Neunkirchen bedeutet die Stillegung, daß insgesamt 10 000 Arbeitsplätze verloren gehen, weil dadurch auch Arbeitsplätze in den Saargruben vernichtet werden. Schon jetzt besteht im Raum Neunkirchen eine Arbeitslosenquote von 2,1 %.

Streikbeginn

Als die Arbeiter von der Ablehnug ihrer Forderungen erfahren, tritt die Nachtschicht in den Streik. Innerhalb einer halben Stunde breitet sich der Streik per Flüsterpropaganda im ganzen Werk aus. Beim Schichtwechsel wird die Frühschicht informiert, die die Arbeit erst gar nicht aufnimmt. Inzwischen taucht das erste Angebot der Unternehmensleitung auf: eine Teuerungszulage von 135 DM brutto, die mit dem Weihnachtsgeld ausgezahlt werden soll. Die Kollegen meinen: Wir lassen uns doch nicht für dumm verkaufen. Sie bestehen auf ihren Forderungen. Schließlich verdienen sie im Monat weniger als 1 000 DM netto.

Mit Beginn der Mittagsschicht sind alle Arbeiter im Streik, insgesamt 7 000. Niemand geht nach Hause, sie sind entweder im Betrieb oder in der Kneipe. Sie diskutieren und freuen sich, daß sie alle zusammen diesen Streik machen. Jetzt sagt keiner mehr, man kann doch nichts machen oder die Arbeiter seien uneinig. Sie sind nur sauer auf die Angestellten, die aus den Fenstern gucken und lachen und den Streik nicht mitmachen, aber hinterher auch das Geld kassieren. Trotzdem gibt es unter den Arbeitern



unterschiedliche Vorstellungen über den Streikverlauf. Einige meinen, daß man nicht alles durchsetzen kann und schon mit 180 DM zufrieden sein soll. Andere dagegen wollen die Forderungen ganz durchsetzen, aber es ist klar, daß keiner anfängt zu arbeiten, bevor nicht auch die Streikschichten bezahlt werden. Genauso haben sie schon '69 durchgesetzt, daß die Streikschichten bezahlt werden, zumal sie diesmal in einer besseren Situation sind als damals. Sie haben zwei Mischer als Druckmittel in der Hand, die so voll sind, daß sie per Fernsteuerung nicht mehr beheizt werden können und deshalb bis Montag leergemacht werden müssen.

Die Arbeiter machen eine Versammlung vor dem Verwaltungsgebäude, um ihre Forderungen durchzusetzen. Gegen 16.30 Uhr kommt das zweite Angebot der Unternehmensleitung, nämlich die 135 DM netto zu bezahlen. Der Betriebsrat hält das Angebot der Kapitalisten für akzeptabel. Von der Gewerkschaft ist weit und breit nichts zu hören und zu sehen. Den Arbeitern ist zu diesem Zeitpunkt völlig klar, daß sie von der Gewerkschaft keine Unterstützung zu erwarten haben. Sie wissen, daß sie ihre Forderungen selbst durchsetzen müssen, und meinen deshalb, eigentlich könnten sie deshalb ihr Mitgliedsbuch den Funktionären gleich vor die Füße schmeißen. Es wird weitergestreikt.





Zu Beginn der Nachtschicht wird zum ersten Mal versucht, den Streik kaputtzumachen. Es wird die Falschmeldung verbreitet, daß im Thomasstahlwerk die Arbeit wieder aufgenommen worden sei. Gegen 24.00 Uhr läuft der zweite Versuch. Der Betriebsrat will mit 150 Arbeitern von insgesamt 7 000 darüber abstimmen, ob man den Streik abbrechen und sich mit den 135 DM begnügen soll. Als er mit seinem Versuch auf die Nase fällt, motzt der die Arbeiter an: „Ihr seid ja alle besoffen und mit euch kann man doch nichts anfangen."

Donnerstag in Burbach und Völklingen

In Völklingen hören wir, daß in mehreren Abteilungen die Frühschicht bis zu einer halben Stunde streikte. Die Forderungen sind die gleichen wie in Neunkirchen. Meister und Vertrauensleute weisen daraufhin, daß der Betriebsrat sofort Verhandlungen aufgenommen hat und überreden die Streikenden zum Weiterarbeiten. Dies wird ihnen durch die chaotische Organisation des Streiks erleichtert. Teilweise kommen die Arbeiter aus der Pause, merken erst dann, daß gestreikt wird, wissen aber nicht, warum. Als die Arbeiter der Mittagsschicht kommen, werden sie über den Streik am Morgen nicht ausreichend informiert.

Auch in Burbach wird auf der Frühschicht darüber diskutiert, ob man streiken soll. Die Burbacher Arbeiter hören von den Verhandlungen in Völklingen und beschließen, das Ergebnis abzuwarten.

Freitag in Burbach

Am Freitagmorgen zu Beginn der Frühschicht verteilen wir Flugblätter in Burbach und Völklingen. Die Burbacher Arbeiter wollen zum Beginn der Frühschicht wissen, was aus den Verhandlungen in Völklingen geworden ist. Nachdem man ihnen kein Ergebnis vorlegen kann, fangen 300 Arbeiter erst gar nicht an zu arbeiten. Aber an diesem Morgen ist Arbeitsdirektor Ludwig schon früh auf den Beinen. Um 8 Uhr erscheint er in Burbach, zusammen mit einem IGM-Funktionär. Dieser will die Forderungen der Kollegen wissen, damit er verhandeln kann. Die Kollegen machen ihm klar, daß es nichts zu verhandeln gibt: wenn nicht bis 12 Uhr 210 DM Teuerungszulage zugesichert werden, bleibt der Laden endgültig stehen. Auch in Völklingen bricht der Streik zur gleichen Zeit erneut in mehreren Abteilungen aus. Kurz vor 12 Uhr teilt der Betriebsrat in Burbach den Kollegen mit, daß die Röchlings die Teuerungszulage zahlen werden.

... und in Neunkirchen

Am Freitagmorgen ist in Neunkirchen Streikversammlung. Ein Betriebsrat versucht die Kollegen an die Arbeit zu bringen. Er will ihnen das Angebot der Unternehmensleitung – 135 DM netto – nochmals schmackhaft machen. Nach dem Motto: Wir haben schon zehn Stunden verhandelt und ihr wagt es, immer noch mehr Geld zu wollen. Aber er fällt erneut auf die Nase. Freitag Mittag wird bekannt, daß Röchling/Burbach 210 DM Teuerungszulage zahlt. Jetzt ist den Kollegen in Neunkirchen klar, daß sie den Kampf gewonnen haben. Um 17 Uhr wird ihnen 210 DM Teuerungszulage und die volle Bezahlung der Streiktage zugesichert.

Wie im September '69 haben auch diesmal die Neunkircher Arbeiter die Sache allein ins Rollen gebracht. Ihre Erfahrung von damals hat ihnen geholfen, einen Streik zu organisieren, an dem sich alle beteiligt haben. Deshalb unterwerfen sie sich auch nicht der gewerkschaftlichen Logik von Lohn und Leistung, sondern stellen eine gleiche Forderung für alle als einheitliche Kampfbasis auf. Gleichzeitig verstehen sie sich auch als kämpferische Avantgarde der saarländischen Hüttenarbeiter. Sie wissen auch, daß sie deshalb den härteren Kampf haben, da ihr Erfolg Rückwirkungen auf die anderen Stahlwerke hat, wie auch umgekehrt. **Deshalb warten sie auch, obwohl sie von ihrer eigenen Stärke überzeugt sind, auf die Unterstützung der anderen Werke, denn sie wissen: in so einer Situation sind die Röchlings schnell bereit zu zahlen.**

Kontaktadresse:
GRUPPE ROTE FAHNE
Jens Jacobi
66 Saarbrücken
Postfach 176





Wenn die Unternehmer Angst haben – schicken sie ihre Bullen

Traunreut liegt ca. 100 km südöstlich von München. Siemens ist der größte Betrieb am Ort und fast die Hälfte der Einwohner arbeiten dort. Von ca. 4 800 Beschäftigten sind ca. 1 200 Jugoslawen, 600 Pendler aus Österreich, weniger Italiener, Griechen und Deutsche. An den Fließbändern, an denen in drei Schichten Haushaltsgeräte hergestellt werden, stehen vor allem Ausländer, die meisten von ihnen sind Frauen. Sie leben abgeschlossen in einem Viertel des Dorfes, in Siemens-eigenen Siedlungen und Wohnheimen.

Wir, die Genossinnen der Siemens-Frauengruppe München, arbeiten seit ca. zwei Jahren frauenspezifisch an und in der Siemens München und haben durch eine Zeitungsnotiz von dem Streik erfahren. Dieser Streik war kein Frauenstreik. Doch Bedeutung und Auswirkungen dieser Aktion für ganz Siemens, für Frauen wie für Männer war klar. Deshalb sind einige von uns hingefahren und erhielten folgende Informationen:

Die Löhne der Beschäftigten liegen zwischen 550 und 700 Mark netto. Auch die meisten Männer verdienen nicht viel mehr und arbeiten zum Teil auch in den Lohngruppen 02, 03 und 04. Um über die Runden zu kommen, machen die meisten Überstunden und arbeiten Samstags.

Am **Mittwoch, den 19. September**, als es Lohnzettel gab, war das Maß voll: Obwohl im vergangenen Monat schneller gearbeitet worden war, gab es nicht mehr Geld! Daraufhin fingen in der Frühschicht einer Abteilung deutsche und jugoslawische Arbeiter an über Streik zu reden, sie hörten auf zu arbeiten und setzten sich vor die Halle. Die Frauen der Abteilung machten mit. Von den beiden Nachbarabteilungen schlossen sich viele spontan dem Sitzstreik an, insgesamt streikten etwa 600 Frauen und Männer, meist Jugoslawen. Als die Spätschicht reingeht, streikt die Frühschicht seit drei Stunden. Die Frühschichtler diskutieren mit der Spätschicht, die sich hinter die Forderungen stellt und sich anschließt. Ihre Forderungen:

- 450 Mark Teuerungszulage
- 15 % Lohnerhöhung sofort für alle
- Bessere Kindergärten und Schulen für ausländische Kinder

Nach weiteren zwei Stunden Streik gibt die Betriebsleitung bekannt, sie sei zu Verhandlungen bereit. Die Ergebnisse sollen am Freitag bekanntgegeben werden. Die Arbeit in den drei betroffenen Abteilungen wird wieder aufgenommen. Weder Gewerkschaftsvertreter noch Betriebsrat waren an der Aktion beteiligt.

Donnerstag, den 20. September: Die ersten Versuche der Betriebsleitung aus Angst vor einer Ausweitung des Streiks, die Arbeiter einzuschüchtern: Polizei und Werkschutz kontrollieren vor Wohnheim und Betrieb die Ausweise. Der jugoslawische Konsul wird eingeschaltet und veranstaltet eine Versammlung im Wohnheim, um die Arbeiter vom Streik abzuhalten.

Am **Freitag, den 21. September**, ist Betriebsversammlung. Mit der fadenscheinigen Begründung, die Chefs wären verreist, wird mitgeteilt, daß die Verhandlungsergebnisse erst am nächsten Mittwoch veröffentlicht werden können.

Mittwoch, den 26. September: Um 6 Uhr morgens werden Hausdurchsuchungen von der Polizei mit Schäferhunden in Privatwohnungen jugoslawischer Arbeiter durchgeführt. Nach Beginn der Frühschicht: Die Ergebnisse der Verhandlungen werden von den Meistern bekanntgegeben:

200 Mark brutto Teuerungszulage

oder alternativ eine Siemensaktie mit einem Kurswert von ca. 220 Mark.

Die anderen Forderungen werden überhaupt nicht erwähnt. Die Arbeiter sind sauer und in ein paar Abteilungen kommt es erneut zum Streik. Die Meister fordern zur Arbeit auf und einige, meist Frauen, nehmen die Arbeit wieder auf. Kurz darauf kommen Polizisten in eine Halle und versuchen Schlägereien zu provozieren. Die Arbeiter durchschauen die Taktik und lassen sich nicht auf Schlägereien ein. Nach einem halbstündigen Streik nehmen sie die Arbeit wieder auf. Sie hoffen auf die Spätschicht, die als mutig bekannt ist. Spätschicht: Es kommt nicht mehr zum Streik. Die Stimmung bleibt explosiv.

In diesem Streik ging es nicht nur um Siemens Traunreut, es ging um den Gesamtkonzern in der BRD

Die Forderungen, die in Traunreut aufgestellt wurden, sind längst auch anderswo fällig. Der kurze Streik von 600 Arbeiterinnen und Arbeitern aus drei Abteilungen hat gereicht, bei dem derzeitigen „heißen" Klima in der BRD, der Siemensleitung Beine zu machen. Obwohl das Werk von seiner Geräteproduktion her für den Gesamtkonzern bestimmt nicht besonders wichtig ist, war die Geschäftsleitung taktisch so geschickt, sich sofort zu Verhandlungen bereit zu erklären.

Offiziell sollen Konzernleitung und Gesamtbetriebsrat schon seit dem 13. 9. 1973 über eine Teuerungszulage verhandelt haben. Der Streik in Traunreut hat entscheidenden Einfluß auf den Verlauf gehabt. Kein Wunder, daß dieser Streik in allen anderen Werken in Deutschland totgeschwiegen wurde.

Unsere Aufgabe: In Traunreut

In unseren ersten Gesprächen mit den Traunreuter Arbeiterinnen und Arbeitern wurden die besonderen Schwierigkeiten der Streiksituation deutlich: Die Information zwischen den Abteilungen lief sehr schlecht. Viele Arbeiter des Werkes wußten in den ersten Tagen überhaupt nichts von dem Streik. Durch den Verlauf des Streiks war eine Ausweitung auf andere Abteilungen überhaupt nicht möglich. Ein wichtiger Grund dafür war wohl die mangelnde Streikerfahrung der Beteiligten und die mangelnde Kenntnis von anderen Streiks.

Wir versuchten, über Flugblätter und Agitation die innerbetriebliche Information zu verbessern – die Taktik des Siemensgesamtkonzerns und der hiesigen Geschäftsleitung aufzudecken – die Bedeutung des Traunreuter Streiks für ganz Siemens hervorzuheben – die Erfahrungen der anderen Streiks in Hinsicht auf Forderungen, Ablauf und Erfolge zu vermitteln.

... In München:

Die Münchner Siemensbetriebe über die Vorgänge in Traunreut und die politischen Zusammenhänge des Streiks genau zu informieren und Diskussionen am Tor und im Betrieb zu forcieren. →



Auf einer Betriebsratversammlung in München wurde bekanntgegeben, daß die Teuerungszulage nur dann gezahlt wird, wenn die Tarifverträge nicht vorzeitig gekündigt werden. Nachdem diese Frist ohne vorzeitige Kündigung vorbei war, wurden die Verhandlungsergebnisse nur in einigen Abteilungen eines Werkes veröffentlicht – und nicht einmal als Teuerungszulage dargestellt, sondern als „Geschenk aus heiterem Himmel“:

200 Mark brutto Teuerungszulage

oder alternativ eine Siemens-Aktie, die erst im Januar 1975! verkauft werden kann (was in Traunreut bei der Bekanntgabe der Verhandlungsergebnisse die Arbeiter noch nicht wußten).

Erst durch die Außenagitation haben die meisten Arbeiterinnen und Arbeiter von der Teuerungszulage erfahren. Das Siemensangebot wurde überall als lächerlich empfunden. Da ist kein Teuerungszuschlag, sondern eine „Beruhigungspille“. In vielen Abteilungen liefen die Diskussionen über eine angemessene Teuerungszulage.



Was für Auswirkungen hatte der Streik in Traunreut für Siemens München?

Seit fast 20 Jahren wurde bei Siemens München, mit vier Standorten und mehr als 30 000 Beschäftigten und expansionsfähiger Produktion (z. B. Datenverarbeitung), nicht mehr gestreikt. Gespräche über Streiks waren sehr selten und die Möglichkeit konkreter Aktionen lag für alle sehr fern. Das hat sich in letzter Zeit geändert, und nicht zuletzt durch die Aktion der Traunreuter Kollegen. Über Löhne und Arbeitsbedingungen wird viel gesprochen und über Streik als Kampfmittel wird wieder diskutiert, was ganz sicherAuswirkungen auch auf die bevorstehende Tarifkampagne haben wird.

Die Forderungen:
- **450 Mark Teuerungszulage**
- **15 % Lohnerhöhung sofor für alle**
- **Bessere Kindergärten und Schulen für ausländische Kinder**

Gibt es in anderen Städten in der BRD noch Gruppen, die an/in der Siemens politisch arbeiten? Wir haben großes Interesse mit Euch in Kontakt zu treten. Mit Frauengruppen und auch anderen Gruppen. Kontaktadresse ist WWA-Gaiganz!



VERTRAUENSLEUTESTRATEGIE – Das Sozialistische Büro zu den wilden Streiks

Den meisten Lesern von *WIR WOLLEN ALLES* wird das Sozialistische Büro bekannt sein. Es handelt sich um eine Sammelbewegung der nichtdogmatischen Linken, gibt zwei Zeitungen, „links“ und „express“ mit einer ziemlich hohen Auflage heraus. In der Betriebspolitik stützt sich das Sozialistische Büro auf eine Vertrauensleutestrategie. Die „Gewerkschaftslinke“, der „Vertrauensleutekörper“ oder die „Gewerkschaftsbasis“ sind letztlich die entscheidende Organisationsform in der Auseinandersetzung mit dem Kapital. Ihr Kampf richtet sich nicht nur gegen das Kapital, sondern auch gegen die Gewerkschaftsführung. In jedem Arbeiterkampf stellt sich für das Sozialistische Büro immer zuerst die Frage nach dem Vertrauensleutekörper. Entweder ist er zum verlängerten Arm der Gewerkschaftsführung geworden und handelt dann gegen die Interessen der Arbeiter oder es handelt sich um eine Gruppe „politisch profilierter, fortschrittlicher“ Belegschaftsmitglieder, die für Diskussion und Information unter den Arbeitern sorgen. Jedenfalls sind nach dem Sozialistischen Büro die Vertrauensleute die beste Garantie für die organisatorische Durchführung eines Streiks. Was ist für uns an dieser Position so interessant? Eine Vertrauensleutestrategie war immer Diskussionsbestandteil von WWA-Gruppen. Wir von der Arbeitersache haben 1971 unsere Betriebsarbeit mit einer solchen „Strategie“ begonnen. Im Revolutionären Kampf und Arbeiterkampf Köln wurde sie bis in die jüngste Zeit hinein diskutiert. Nach der Aussage von mehreren Genossen der Lotta Continua werden sie einer Untersuchung der Vertrauensleutebewegung in Deutschland mehr Aufmerksamkeit widmen.

Schulung und Klassenkampf

Was ist das für ein Typ, der nach Vorstellungen des Sozialistischen Büros einen Vertrauensmann darstellt? Er setzt „ . . . einen verhältnismäßig hohen Grad an Kampfbewußtsein voraus . . . , wie es vor allem in traditionell gewerkschaftsbewußten Arbeiterschichten zu finden ist“ (73' S. 32). Dieser traditionsbewußte Kämpfer an der Gewerkschaftsbasis ist geschult, zumindest wird er erst unter dieser Voraussetzung zur wirklichen ‚Avantgarde‘. Deswegen steht das Sozialistische Büro denjenigen Streiks, die nicht von geschulten Basiskadern angeführt und organisiert werden, mit Mißtrauen gegenüber.

Hoesch galt immer als ein hervorragendes Modell für eine Vertrauensleutestrategie. Schon bis April 1972 hatten dort etwa 400 der rund 1 500 Vertrauensleute an Schulungskursen teilgenommen und zusätzlich weitere 120 an Aufbaulehrgängen. „Dieser relativ gut geschulte und zudem vertraglich abgesicherte Vertrauensleutekörper ermöglichte auch erst die geschlossene Aktion der Belegschaft, erleichterte die Meinungsbildung bei den Arbeitern und trug wesentlich zur Erhaltung der Solidarität bei Streiks und Demonstrationen bei. Daß in diesem Zusammenhang den Bildungsobleuten eine besondere Schlüsselstellung zufällt, ist offensichtlich“ (FSL, 242) – das war 1969. 1973 sieht die Sache bei Hoesch schon etwas anders aus. Am Anfang des Streiks steht dieses Mal nicht der Beschluß der Vertrauensleute, sondern die Initiative geht von den Arbeitern selber aus. Es kommt zwischen Vertrauensleuten und Belegschaft zu Spannungen.

Überhaupt herrscht die weitverbreitete Meinung, daß die Streiks von 1969 unter der Regie der Vertrauensleute gestanden seien. Diese Aussage ist in ihrer Alllgemeinheit sicher falsch. Auch das Sozialistische Büro muß sich mit Erscheinungen rein autonomer Streiks, die schon 1969 auftraten, auseinandersetzen. Etwa die Arbeitskämpfe in den Neunkirchener Eisenwerken in Saarbrücken.

Dort begann der Streik am Samstag vor Beginn der Mittagsschicht. Bevor die Bergleute in die Grube fahren, wird gebetet und anschließend die Arbeit eingeteilt. Ein politisch nicht organisierter Kumpel ergriff das Wort und fragte die versammelten Kollegen, ob sie für diesen Lohn noch weiter arbeiten wollten. Obwohl sich ein Vertreter der Betriebsleitung sofort einschaltete, hatte der Funke gezündet. Am Montag streikten bereits alle Gruben. Ein Demonstrationszug zum Gewerkschaftshaus in Saarbrücken wurde organisiert. Das Sozialistische Büro dazu: „Hier ging die Initiative also von den Arbeitern aus, die sich auch für die Verhandlungen nicht der gewählten Arbeitervertreter bedienten, sondern eine Verhandlungsdelegation der Arbeiter durch Zuruf wählten“ (FSL, 240). Die Schlußfolgerung daraus ist für das Sozialistische Büro klar – diesem Kampf fehlte der „organisatorische Rahmen für die gemeinsame Willensbildung“, obgleich es schon zwei Sätze weiter heißt: „Von der Verhandlungsdelegation (!) der Arbeiter konnten schließlich die wichtigsten Forderungen durchgesetzt werden“ – also ein Ausdruck klarer Arbeiterautonomie und nicht eine „fundamentale Schwierigkeit der Arbeiter“ (FSL, 240/41).

Das Sozialistische Büro kennt nur den „gebildeten“ Vertrauensmann als „Revolutionär“. Erst alles durchschauen und dann hauen. Überhaupt haben die ein seltsames Verhältnis zu den „Bildungsbedürfnissen“ der Proleten. So soll zum Streik bei Küppersbusch in diesem Jahr wesentlich ein Spiegelartikel beigetragen haben, in dem über die Preiserhöhungen bei Großküchen berichtet wird (EX 9/4). Im „express“ steht das so, als ob der ganze Betrieb den „Spiegel“ lesen würde.

Die Militanz

Im Zusammenhang mit der Schulung müssen wir die Frage der proletarischen Gewalt, der Militanz und der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse diskutieren. Die eigentliche Schulung der Arbeiter ist die politische Aktion und Praxis und nicht der theoretische Kurs. Diese Aussage läßt sich sicher tief begründen, sie ergibt sich aber auch einfach daraus, daß die Arbeiter aufgrund ihrer Klassenlage kaum die Zeit und die Voraussetzungen haben, sich einem langwierigen Lernkonzept, auch wenn es „exemplarisches Lernen“ heißt, zu unterwerfen. Für sie stellen sich die Probleme praktisch und konkret als Auseinandersetzungen im Betrieb, mit den Meistern, den Gewerkschaften oder den Bullen. Als Marx gesagt hat, die Gewerkschaften seien Schulen des Klassenkampfes, da hat er sicher nicht die Bildung [illegible]eine gemeint,



sondern die damals von den Gewerkschaften hart geführten Kämpfe mit dem Kapital. Die proletarische Gewalt und die Militanz sind diejenigen Momente, die ganz wesentliche Lernprozesse im Proletariat auslösen. Sie sind auch diejenigen Punkte, an denen informelle Gruppen oder Organisationen anknüpfen müssen, um etwa die Organisationsfrage zu stellen. In den Fabrikbesetzungen, dem Kampf gegen die Streikbrecher, den Umzügen durch die Hallen, der Konfrontation mit den Bullen, den Festen auf dem Fabrikgelände findet die Autonomie der multinationalen Arbeiterklasse ihren Ausdruck. In einem Zeitpunkt, als sich bei den türkischen Fordarbeitern die Frage nach der Bewaffnung, also nach dem Klassenkrieg stellte (konkret ging es darum, ob man sich gegen die Werks- und Staatsbullen mit Messern, Stöcken und auch Revolvern wehren sollte oder nicht. Unter starkem Einfluß der deutschen Genossen wurde auf einer Versammlung die Abgabe der Waffen beschlossen – es mag hier dahingestellt bleiben, ob das richtig war oder nicht) – zu diesem Zeitpunkt also erscheint in „express“ ein Artikel mit der Überschrift „Über die Legitimität der spontanen Streiks“. Die Ausführungen beginnen: „Für illegal hielten zumeist diejenigen die Streiks, die für sie sogleich das Kennzeichen „wild“ parat hatten. Wer dagegen eher von spontanen Streiks oder spontanen Arbeitsniederlegungen sprach, hielt die Arbeitskämpfe in den letzten Wochen lieber etwas vom Anrüchigen der Illegalität fern. Wo es „wild“ hergeht, lassen sich Polizei und Justiz eher bemühen“ (express 9/10). Weiter versucht der Autor den Nachweis zu erbringen, daß bei einer richtigen Auslegung der Gesetze die Streiks gar nicht illegal seien, sondern daß erst ein korrumpierter Richterstand und seine Arbeitsgerichtssprechung zu einer solchen Auslegung führen. Wechselt den Richterstand aus, und alle ist okay!: „Die Teilnehmer eines spontanen Streiks müssen also darauf hinarbeiten, daß die angeführten Regeln des Arbeitskampfes (= Aussagen der Arbeitsgerichtssprechung) gar nicht zur Anwendung kommen“ („express“ 9/10).

Für das Sozialistische Büro ist die Militanz überhaupt immer ein Problem der Bullen und nicht der Arbeiter. Überall in den Streikartikeln sind die Arbeiter die Opfer, nie aber die Ursache von Gewalt. Bei Ford, wo die proletarische Gewalt nicht mehr hinwegzuleugnen ist, sprechen die dann von „anormalen wilden Streiks“. Wenn der Betriebsrat wie bei Lippstadt von Anarchismus und Militanz bei den Arbeitern spricht, antwortet das Sozialistische Büro darauf: „Dabei passierte garnichts! Angestellte konnten belagerte Werkstore ungehindert passieren und sich in den außer Haus liegenden Werksteilen Unterschriften holen. Keiner der Streikenden griff sie an, weder verbal noch in anderer Form“ („express“ 9/6) – und wenn sie das doch gemacht hätten?

DIE VERTRAUENSLEUTE SIND DIE AVANTGARDE, WEIL SIE ES SEIN MÜSSEN

Ist nun einmal festgestellt, daß die Gewerkschaftslinke die Avantgarde ist, so ergibt sich auch schlüssig daraus die Fragestellung, mit der das Sozialistische Büro an die Streiks rangeht, nämlich: wie haben sich die Streiks auf die Vertrauensleute ausgewirkt? In der Einleitung zu „express“ Nr. 9 heißt es: „Für die sozialistische Gewerkschaftslinke ist die genaue Analyse der Streikbewegung – ihrer organisatorischen Schwächen und agitatorischen Probleme wie ihrer strategischen Konsequenzen – von eminenter Bedeutung. . . . Welche Konsequenzen die abermalige Welle spontaner Arbeitsniederlegungen für die zukünftige Tarifpolitik und die innergewerkschaftliche Willensbildung hat, ist noch nicht abzusehen.“



Diese Fragestellung ist für uns von besonderem Interesse. Einmal macht sie eine Aussage darüber, wie das Sozialistische Büro zur Arbeiterautonomie steht, nämlich indem es sie der Gewerkschaftslinken unterordnet. Zum anderen wird versucht, bei den Streiks festzustellen, welche Rolle denn dabei der Vertrauensleutekörper gespielt hat!

Hoesch: Bei Hoesch gibt es wahrscheinlich den geschultesten und gefestigsten Vertrauensleutekörper der Bundesrepublik. Soweit uns bekannt, hat das Sozialistische Büro dorthin einen guten Draht. Im Zusammenhang mit den Tarifverhandlungen und danach wurde bei Hoesch heftig diskutiert und unabhängig von den Gewerkschaften Forderungen aufgestellt. Der Vorschlag der Betriebsleitung, der eine reale Erhöhung von 5 Pfennigen im Schnitt beinhaltete, wurde abgelehnt. Diesmal aber nicht von den Vertrauensleuten, sondern von Arbeitern einer Abteilung, in der die niedrigsten Lohngruppen gezahlt wurden. Es kommt zum Streik (s. WWA Nr. 1). Zum Schluß brechen in der Westfalenhütte „die Vertrauensleute gegen den Protest vieler Arbeiter die Streiks ab" (73' S. 35). Der Streik muß als gescheitert angesehen werden. Für das Sozialistische Büro liegt die Ursache vor allem darin, daß der Vertrauensleutekörper noch nicht genügend ausgebaut war: „Die mangelnde Kommunikation der Vertrauensleute der drei Werke untereinander war verantwortlich für eine unzureichende Vorbereitung der Streiks" (73' S. 35), und daß der Massenarbeiter unüberlegt vorgeprescht ist: „Der Streiktermin war zu früh angesichts der Tatsache, daß in den benachbarten Werken der Stahlindustrie Zulagen erst bewilligt worden waren und so eine breite Solidarisierung der Streikenden nicht herzustellen war" (73' S. 35). Die Tatsache, weshalb der Vertrauensleutekörper in Widerspruch zur Belegschaft geriet, wird nicht diskutiert.

Mannesmann: Die Streikenden besetzen das Verwaltungsgebäude und halten es die nächste Woche über besetzt, Tag und Nacht. In den übrigen Werksteilen des Konzerns fanden vereinzelte Solidaritätsstreiks statt. Die Unternehmensleitung versuchte mit den Meistern, Ingenieuren die Produktion wieder anzufahren, mußte aber nachgeben, als sich die Streikenden zwischen die Walzen legten und so die Rollgänge blockierten. „Beachtenswert ist, daß bei diesem Streik die Vertrauensleuteleitung als Streikbrecher fungierte" (73' S. 38).

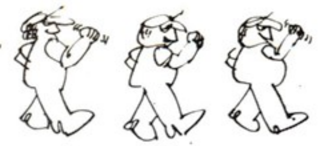
Küppersbusch: Dort verläuft der Streik zuerst im Sinne des Sozialistischen Büros. Der Betriebsrat formuliert gemeinsam mit dem Vertrauensleutekörper die Forderungen und führt die Verhandlungen. Es kommt zum Streik. Die Vertrauensleute schließen mit einer Teuerungszulage von 180 DM ab. Eine Bezahlung der Streiktage konnte nicht durchgesetzt werden. Es entsteht Kritik an den Vertrauensleuten: „Das Ergebnis wurde von der Belegschaft nicht begeistert aufgenommen" („express" 9/4). Viel später rechtfertigt sich die Vertrauensleuteleitung damit, sie habe unter Drohung des Polizeieinsatzes abgeschlossen. Das sei zu diesem Zeitpunkt der Belegschaft nicht bekannt gewesen. Hätten sie es gewußt, dann wäre die Forderung nach Fortführung des Streiks sicher nicht aufgekommen.



Pierburg: Beim Streikbericht wird lobend erwähnt, daß „aktive Ausländer" die Organisierung des Streiks getragen hätten. Im folgenden Satz heißt es dann verschämt: „. . . in anderen Fällen sind es deutsche Vertrauensleute" („express" 9/4). Von der Existenz einer autonomen Streikleitung wird im ganzen Artikel nichts erwähnt.

Hella: Einzelne befragte Vertrauensleute und Betriebsräte, die eigentlich für Informationen hätten sorgen müssen, wußten von nichts. Da sah man deutlich, daß einzelne Teile des Gewerkschaftsapparates, des Vertrauenskörpers und des Betriebsrates eifrig bemüht waren, die berechtigten Forderungen der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter abzuwürgen" („express" 9/14).

Und nun zu **Ford**: Hierbei handelt es sich für das Sozialistische Büro um ein Ereignis, daß es als „anormalen wilden Streik" bezeichnet. Kritisiert wird das Verhalten der deutschen Kollegen. Das Sozialistische Büro stellt fest, daß spätestens ab Montag „die deutschen Vertrauensleute, die sich bis dahin aktiv am Streik beteiligt hatten, sich, von



wenigen Ausnahmen abgesehen, zurückhielten!" Die Streikleitung wird deswegen kritisiert, weil sie sich nicht bemüht habe, „die Zurückhaltung aufzuklären und aufzuheben, sie hat sich selbst immer weiter auch von den Vertrauensleuten distanziert" („express" 9/5).

Andere Streiks sind im letzten „express" nicht behandelt. Auch nicht Opel. Nach dem WWA-Artikel läßt sich dort offensichtlich nicht von den Vertrauensleuten als einer entscheidenden Kraft sprechen.

Klöckner-Humboldt-Deutz: Schon 1972 beim Streik bei Klöckner-Humboldt-Deutz muß das Sozialistische Büro verwundert feststellen: „Bemerkenswert ist auch in diesem Streik die Solidarität der rund 2 000 türkischen Arbeiter, die gemeinsam mit ihren deutschen Kollegen diesen Streik, dem eine bewußte Leitung offensichtlich gefehlt hat, durchhielten" (73' S. 37) – ein wesentlicher Einfluß der Vertrauensleute ist nicht festzustellen.

Die Vertrauensleute sind von den wilden Streiks klar überrollt worden. Dort, wo sie überhaupt als Faktor auftreten, werden sie zum Hemmschuh der Kampfentwicklung. Kein einziger Streikbericht des Sozialistischen Büros, nach dem die Vertrauensleute die Streiks entscheidend vorwärts getrieben hätten.

Nun sind wir deswegen keineswegs der Meinung, daß alles ganz spontan und ohne organisatorischen Rahmen entstanden ist. Voraussetzung für diesen Kampfzyklus waren sicher Gruppen in den Abteilungen sowie entschlossene Individuen. Sie waren die eigentliche, nach den eigenen Berichten des Sozialistischen Büros kann man fast sagen ausschließliche Avantgarde der 73er Streiks und nicht die Vertrauensleute. Für uns ist durchaus vorstellbar, daß sich die Arbeiter aus einem Vertrauensleutekörper ein Kampfinstrument machen, ebenso aus einem Betriebsrat. Wenn sich die Benutzung solcher Institutionen als Machtfrage in der Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus stellt, ist



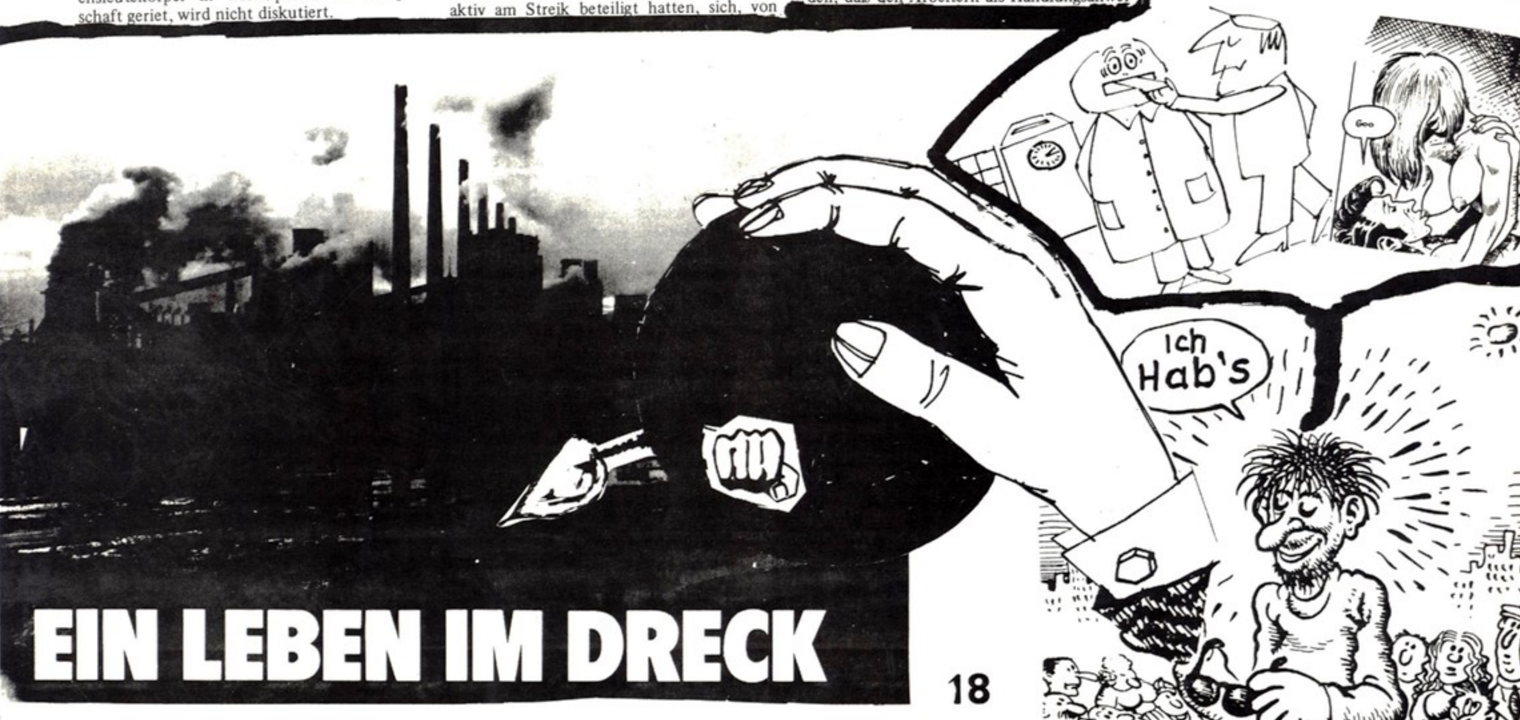
sie Ausdruck der Arbeiterautonomie. Aus der Eroberung des Vertrauensleutekörpers eine Strategie zu basteln, ist dagegen ebenso unbegründet wie die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der KPD. Die Frage stellt sich überhaupt: Gibt es ein Organisationsmodell, daß den Arbeitern als Handlungsanweisung zu propagieren wäre. Die Organisationsformen der 73er Streiks waren so vielseitig wie die Arbeiterautonomie selbst. Sie waren eindeutig antigewerkschaftlich, auch wenn das Sozialistische Büro versichert: „Die Aktionen der Arbeiter richten sich gegen die Unternehmer und nicht gegen ihre eigene gewerkschaftliche Organisation, und das ist gut so, aber sie richten sich zunehmend schärfer auch gegen eine unfähige Gewerkschaftsführung, und das ist ebenfalls gut" („express" 9/7)



Im Verlauf des Dienstag, nachdem die Verhandlungen zwischen Streikkomitee und Betriebsrat gescheitert waren, kommt in Köln die Parole auf: „Sendika satilmis" (Die Gewerkschaft ist käuflich). Das Sozialistische Büro fordert auf zum Kampf gegen einen korrupten Gewerkschaftsvorstand, sein Ziel ist die Stärkung der Gewerkschaften. Nach dieser entscheidenden Niederlage, die die Gewerkschaft 1973 erfahren hat, wird sie gezwungen sein, wesentliche Elemente der Vorschläge des Sozialistischen Büros zu übernehmen. Vor allem den, den das Sozialistische Büro unter dem Druck der Multinationalität der Ereignisse unterbreitet: „Keinesfalls dürfen sich deutsche und ausländische Arbeiter, aber auch Ausländer untereinander, durch ideologisch vermittelte Barrieren in ihrem gewerkschaftlichen Kampf spalten lassen. Das bedeutet auch eine entsprechende personelle Verankerung der Ausländer im Vertrauensleutekörper und im Betriebsrat" („express" 9/4).

Aber die Kritik am Sozialistischen Büro ersetzt nicht die Kritik an uns selbst!





BADEN-WÜRTTEMBERG STREIK OHNE KLASSENKAMPF

Was bedeuten die Verhandlungsergebnisse über den Manteltarif in Baden-Württemberg?

- Die 125 %ige Akkordabsicherung: Und wer stoppt die Stopper, die dann nach einiger Zeit den Akkord neu festsetzen, wer verhindert das Abziehen von Leuten vom Band?
- Die 5-Minuten-Pause pro Stunde: Wie soll denn das aussehen, wenn während dieser Zeit nicht tatsächlich das Band gestoppt wird. Wer garantiert aber dann, daß nicht mit all den bekannten, undurchsichtigen Mitteln der Akkord erhöht, der Lohn indirekt gekürzt wird?
- Die Mindestfestlegung der Taktzeiten: Also statt einer Schraube anziehen, jetzt zwei oder drei und dann die Hetze wie bisher kontinuierlich steigern?

Als „Revolutionierung" der Arbeitsbedingungen werden diese Veränderungen von Leuten wie Schleyer bezeichnet. Als Anfang zur „Humanisierung" der Arbeit von den Gewerkschaften dargestellt. Ein Propagandafeldzug, der die bürgerliche Presse bis hin zum Gewerkschaftsorgan „Metall" füllt, hat angefangen.

Warum gerade jetzt?

Wie kommt es, daß **jetzt** – so scheinbar unvorhergesehen und plötzlich, die Gewerkschaft das Thema „Arbeitsbedingungen" in den Vordergrund stellt? Zwei Gründe lassen sich dafür angeben:

1. Einmal hat sich in den Streiks der letzten Monate gezeigt, daß die Zeiten vorüber sind, wo die Bandarbeiter immer weitere Akkorderhöhungen, Temposteigerungen usw. einfach über sich ergehen ließen. Auch die Ausländer haben kollektiv inzwischen genug Erfahrung gesammelt, um dieses Vorgehen zu durchschauen. Nicht nur in Streiks, sondern auch in Diskussionen, im Krankfeiern, im verlängertem Urlaub, kommt zum Ausdruck, daß die Arbeiter sich gegen diese kapitalistische Arbeit wehren. Und in den Streiks artikulierten sie diese Bedürfnisse auch offen, stellten neben die Lohnforderungen Forderungen zur Reduzierung der Bandgeschwindigkeit usw.

   Kurz gesagt also: während der Bewegung für die Teuerungszulage blockierte die Gewerkschaft alle Forderungen über den Arbeitsplatz, würgte sie ab. Jetzt trennte sie die beiden Bereiche wieder – nimmt einer Bewegung die systembedrohende Kraft. Denn wirklich bedrohlich wird es für die Unternehmer erst, wenn die Arbeiter konsequent mehr Lohn durchsetzen, ohne gleichzeitig Produktivitätssteigerungen zuzulassen.

   Die Gewerkschaft kommt langfristig nicht umhin, diese Inhalte zur Kenntnis zu nehmen. Sie weiß – und konnte dies auch an anderen Ländern studieren – daß nur ein rechtzeitiges Aufgreifen des Themas Arbeitsplatz **vielleicht** zunächst verhindern kann, daß dieses Thema zum Auslöser immer weiterer Streikbewegungen wird.
2. Zum zweiten greift die Gewerkschaft dieses Thema in einem Moment auf, wo sie es gegen den Hauptinhalt der letzten Kämpfe richten kann: gegen die Lohnerhöhungen. Die Bewegung für die Teuerungszulagen war unkontrollierbar, unberechenbar – und stellte die Stabilitätspolitik der Regierung auf eine Zerreißprobe. Denn klar ist, daß die Unternehmer soweit wie möglich höhere Löhne auf die Preise umwälzen – zusätzlich zu den Preiserhöhungen, die sie sowieso dauernd vornehmen. In diesem Moment konnten die Arbeitsbedingungen als Ausweichmanöver benutzt werden.

Nicht, daß die Arbeiter nicht wirklich gegen die Arbeit sind, nicht wirklich ein langsameres Fließband wollen. Nur: das ist keine Alternative zum Lohn. Verfolgte man aber die wohlgefällige Presse während des Streiks in Baden-Württemberg, so konnte man feststellen: allgemeines Lob für die Tatsache, daß auch die Arbeiter endlich begriffen haben: es gibt noch höhere Werte als das Geld. So ließen die Stuttgarter Nachrichten einen freundlicher Griechen sagen: „Lieber verdiene ich ein paar Pfennige weniger, wenn ich dafür nur menschlicher arbeiten kann."



Der Arbeitskampf im Schongang

Und der Streikverlauf?

Nur wenige Linke waren darauf vorbereitet daß die Gewerkschaft ein solches Routineschauspiel ablaufen lassen könnte. Wir hatten gemeint, nach den letzten Monaten würde es mindestens eine scheinbare Mobilisierung und Klassenkampfparolen geben. Doch nichts davon – und wahrscheinlich mit Recht. Denn jede Versammlung, jede Demonstration hätte dazu führen können, daß die radikaleren Forderungen und auch die Unzufriedenheit mit dem Lohn wieder stärker hervorgetreten wären, daß sich vielleicht weitere Betriebe außer den bestreikten Musterfabriken wild (und für die Gewerkschaft teuer) dem Streik angeschlossen hätten. Ganz offen schreibt die FAZ, daß das Streikgebiet deshalb ausgewählt worden ist, weil nur dort garantiert werden könne, daß die Arbeiter völlig diszipliniert die Marschroute der Gewerkschaft akzeptieren.

Andererseits wird die Gewerkschaft mit dem dort erzielten Ergebnis jetzt versuchen, in anderen Bundesländern ebenfalls Staat zu machen. Die Ergebnisse in Baden-Württemberg werden als fortgeschrittenste Kampfziele angepriesen werden, um eine kontrollierbare Bewegung zu schaffen. Die Ausbreitung des Inhalts Arbeitsbedingungen im Arbeiterkampf zwingt die Gewerkschaften zu einer präventiven Offensive.

Gleichzeitig wird der Versuch gemacht, die Stärke, die die Arbeiter in der letzten Zeit als Bewegung gezeigt haben, zu untergraben. Eine Stärke, die gerade darin bestand, daß der Lohn aus der kapitalistischen Logik der Produktivität herausgenommen und mit dem Bedürfnis nach „Mehr Leben" massenhaft begründet wurde, und gleichzeitig der Ruf nach „Weniger Arbeit" immer klarer wird. Diesen Zusammenhang versucht die Gewerkschaft gerade im Hinblick auf die kommende Lohntarifrunde auseinanderzureißen.

Aber um die Bewegung kontrollieren zu können, muß sie selbst eine wie begrenzte Bewegung auch immer einleiten. Und diesen legalistischen Hintergrund und das Propagandageschrei werden den Mut und die Bereitschaft der Arbeiter fördern, ihre eigenen Ziele auf den Tisch zu knallen. Sie werden die „Humanisierung" da einsperren, wo sie ausgeheckt wurde: in den unternehmerischen und gewerkschaftlichen Vorzimmern.

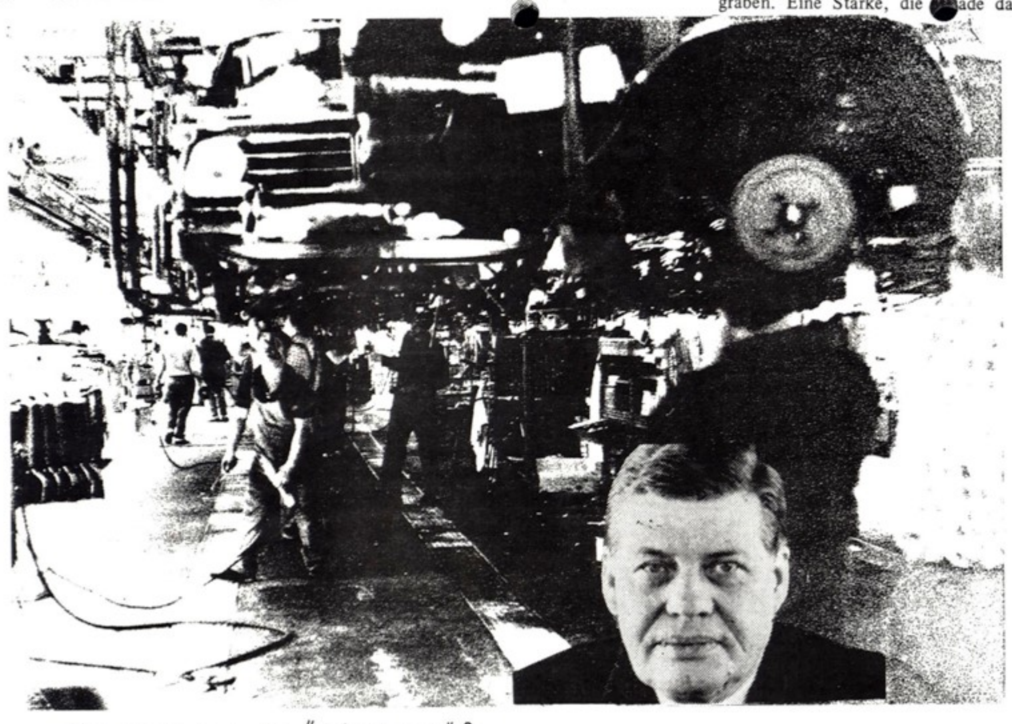
Was ist „humanisierte Arbeit? "

Ein Propagandafeldzug, der mit Volvos „neuer Art, zu produzieren" eingesetzt hat. Nur: „Verbesserungen", die dazu führen, daß der Arbeiter seine stumpfsinnige Arbeit mit weniger Langeweile durchführt, machen ihn produktiver, bestimmt. Trotzdem bleibt diese stumpfsinnige Arbeit entmenscht und tötend. Der Fiat-Arbeiter, der von einem Arbeitsplatz zum anderen rotiert, hat nicht mehr Freude an der Arbeit, sondern allenfalls mehr Arbeit, weil er sich dauernd umstellen muß, dauernd die Kollegen wechselt.

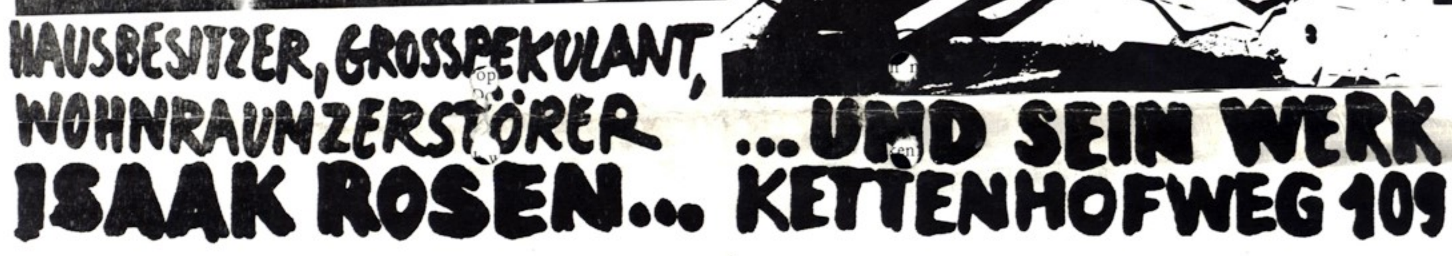
Eine – wahrscheinlich nicht einmal reelle Pause – pro Stunde verändert nichts an den mörderischen Rhythmen, an der Hatz. **Arbeitszeitverkürzung** ist immer ein richtiges Ziel der Arbeiter, im Grund das wichtigste. Aber eine Verkürzung der Arbeit ist keine Humanisierung der Arbeit, sondern ist eben die Möglichkeit, **weniger** zu arbeiten, vor allem im Kapitalismus, wo jede Verkürzung durch Produktivitätssteigerungen aufgefangen wird – das heißt, durch Intensivierung der Arbeit in der verbleibenden Zeit.

Der Kapitalismus erkennt über seine zahlreichen angestellten Prostituierten – die Psychologen, Soziologen usw. – allmählich, daß eine Steigerung der Produktivität mit vielen Mitteln möglich ist. Wer sich langweilt, arbeitet nach einer Pause besser. Wer vom Stumpfsinn eines Arbeitsvorgangs erdrückt wird, leistet sicher bei mehreren Arbeitsvorgängen zunächst mehr.

Das ist die tiefere Bedeutung der gegenwärtigen gewerkschaftlichen und Unternehmer-Propaganda: Während die Arbeiter sich im Kern gegen die Arbeit wehren, möglichst wenig davon wollen, versucht man sie mit einer „Humanisierung" bei der Stange zu halten. Das Problem dabei ist nur, daß es diese Humanisierung nicht gibt – die humane Alternative zur Arbeit ist die Nicht-Arbeit. Das haben die Arbeiter im Grunde auch begriffen – und die Tatsache, daß sie zwar brav, aber ohne Begeisterung in den Streik zogen, zeigt das deutlich.


Humanisierung der "Arbeitswelt"?





ROSEN BESITZT IN FRANKFURT/M. ca. 10 000 m² GRUNDSTÜCKFLÄCHE

ENTEIGNET ROSEN!

